

JULI/AUGUST 2003

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

57. (72.) JAHRGANG

STANDPUNKT

**Absonderliches
Gebaren**

SEITE 3

TITEL

**Eine Schule wird
geschlossen**

SEITE 6

SCHWERPUNKT

Zukunft der Kitas

SEITE 8

**Ein Masterplan für
Bildung muss her!**

SEITE 16

**Die Beschlüsse der
Landesdelegierten**

SEITE 18

GLOSSE

Endlich Ferien!

SEITE 30



*Requiem auf
eine kleine Grundschule*



ILLUSTRATION: S. KNAUF



ÜBRIGENS

Das war kein gutes Jahr für die Bildung in Berlin. Wer hatte da nicht alles in der Öffentlichkeit auf Priorität für Bildung gesetzt und sich auch öffentlich weit aus dem Fenster gehängt. Und was wurde daraus? Alles Geschwätz von gestern. Der Rasenmäher von Finanzsenator Sarrazin fährt darüber hinweg und wir lassen uns das gefallen – oder?

Wenn schon die Politik nicht den notwendigen Schwerpunkt bei den Jüngsten setzt, dann wollen wir es wenigstens tun. Unser Schwerpunkt beschäftigt sich ausführlich mit den Perspektiven der Kitas.

Erste positive Rückmeldungen haben wir schon zum neuen Outfit der blz. Mehr dazu hat uns – wie schon zu oft – die Post vermässelt. Ganze 8 Tage kam meine blz zu spät in den Briefkasten. Nun aber ab in den Urlaub. Die Redaktion wünscht allen Mitgliedern gutes Wetter und Erholung.

pit

Redaktionsschluss 10/2003: 5.9.. Nächste Sitzungen der Redaktion: 11./17. /25.9. und 2.10. jeweils um 18 Uhr in Raum 47.

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:

Pit Rullf (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:

GEWNA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:

bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin
ISSN 0944-3207 07-08/2003: 23.000

INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig

TITEL

6 Requiem auf eine kleine Grundschule Antje Maria Ansonge

SCHWERPUNKT

8 Zukunft der Kitas
9 Beste Praxis – bleibt's eine Vision? Gerda Wunschel-Gavlasz
11 Nägel mit Köpfen machen! Klaus Schroeder
12 Die Entdeckung der Langsamkeit Brigitte Holst-Oehlke
14 Wir mischen uns ein Klaus Schroeder
15 Kitas sind kein Luxus Bärbel Jung

GEWERKSCHAFT

16 Ein Masterplan für Bildung muss her Ulrich Thöne
18 Die Landesdelegierten tagten Pit Rullf
20 GEW-Seminarplan N.N.

RECHT & TARIF

21 Notorische Uneinsichtigkeit Ilse Schaad
22 Administrative Entgleisung N.N.
22 Hotline für Honorarkräfte Paul Weitkamp

HOCHSCHULE

23 Raus aus dem Elfenbeinturm Matthias Jähne

SCHULE

24 Man merkt schon am „Bonjour“,
ob sie schlecht gelaunt ist Paul Schwarz
25 Verständnisprobleme Evelin Ressin

INTERNATIONALES

26 Wird in Wien besser gelernt? Brigitte Schumann

TENDENZEN

28 Gedenken in 28 Sprachen Axel Böing
29 Schule ohne Rassismus Hubert Schäfer

GLOSSE

16 Endlich Ferien! Gabriele Frydrych

SERVICE

31 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

Eigenverantwortliche Schule: Wissenschaftliche Begleitung vergeben

23 allgemeinbildende und 7 berufsbildende Schulen sind für das Modellvorhaben eigenverantwortliche Schule ausgewählt worden. Die Verwaltung arbeitet zur Zeit mit Hochdruck an der konkreten Ausgestaltung des Projekts. Da bisher keine der Schulen an dieser Vorarbeit beteiligt wurde, sind hohe Reibungsverluste vorhersehbar. Völlig undurchsichtig ist die Vergabe der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes. Ohne Ausschreibung wurde das 240.000 Euro teure Projekt nach Hessen ans Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt vergeben, obwohl auch in Berlin kompetente Institute zur Verfügung stehen. Die Hochschulen Berlins kämpfen mit hohen Kürzungsauflagen. Da sollte über die anfallenden Reisekosten von und nach Frankfurt noch einmal nachgedacht werden.

Eigenverantwortliche Schule: Anforderungen an das Projekt

Eine der am Modellprojekt eigenverantwortliche Schulen (MeS) teilnehmenden berufsbildenden Schulen ist das Oberstufenzentrum Druck- und Medientechnik. Das Kollegium dieser Schule hat sich zwar mit großer Mehrheit für die Teilnahme an dem Modellvorhaben ausgesprochen, aber auch eine Reihe von Anforderungen formuliert, die aus ihrer Sicht für eine erfolgreiche Teilnahme erfüllt werden müssten:

- Wir unterstützen die Zielsetzung des Vorhabens, durch verstärkte Eigenverantwortung die Qualität der schulischen Arbeit – insbesondere des Unterrichts – zu verbessern.
- Das OSZ DruM hat bisher gute Erfahrungen mit der Teilnahme am Modellprojekt Personalkostenbudgetierung gemacht. Einen großen Teil der Modellziele von MeS setzen wir bereits auf freiwilliger Basis um.
- Wir gehen davon aus, dass die Konkretisierung der allgemeinen Grundlagen des MeS im Rahmen von Zielvereinbarungen gemeinsam mit der Schule und ihren Vertretungsorganen durchgeführt wird.
- Wir gehen davon aus, dass unsere Teilnahme kurzfristig zu keiner Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen führt. Mittelfristig erwarten wir eine Entlastung für unsere Unterrichts- und Verwaltungstätigkeit.
- Wir gehen davon aus, dass uns die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport alle für die Teilnahme an MeS notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt.

- Wir gehen davon aus, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport alle für den zukünftigen Lehr- und Lernbetrieb des OSZ notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt.
- Auf Grund schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit erwarten wir ausdrücklich, dass der Ausstattungsstand und der Ausstattungsbedarf der Schule mit Lehrkräften einvernehmlich festgelegt und ggf. mit dem Board abgestimmt wird. Er muss dem durchschnittlichen Stand der Berliner OSZ entsprechen. Das gilt auch für die Ausstattung der Schule mit Funktionsstellen.
- Wir gehen davon aus, dass schulinterne Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse im Rahmen des Modellvorhabens transparent gestaltet werden. Die Beteiligungsrechte der Mitarbeiter und der Schülerinnen sind ggf. in schulinternen Vereinbarungen zu sichern.

Es gibt keine Alternative zur eigenverantwortlichen Schule. Selbstständiges Lernen und Unterrichten erfordert eine selbstständige Schule. Eine Schule, die ohne ständige Bevormundung und Gängelung ihre selbst gestellten pädagogischen Ziele verfolgen kann, führt zu größerer Identifikation aller am Schulleben Beteiligten und trägt zu verstärkter Arbeitszufriedenheit und besseren Arbeitsbedingungen bei. ■

POST AN DIE REDAKTION

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Leser-Masochisten

In den letzten Ausgaben nehmen die Jammereien über die Berichterstattung des eigentlichen und „wahren“ Zentralorgans der Berliner Lehrerschaft, dem *Tagesspiegel*, an Umfang zu! Seit 25 Jahren in dieser Stadt habe ich immer genügend Alternativen vorgefunden, um dieses grottenlangweilige, pseudo-liberale Blättchen meiden zu können. Warum sich die Berliner Lehrerschaft durch die Lektüre des *Tagesspiegels* selbst geißelt – ein Rätsel. Aber dass die blz zunehmend zur Klagemauer dieser Leser-Masochisten wird, das geht zu weit. Ich möchte auch nicht indirekt eingeholt werden von dieser Intellektuellen-Schmonzette: Das Leben kann so schön sein – ohne den *Tagesspiegel*!

H.-J. Schodder



FOTO: MICHEL

OPFER

Der Etat wird ausgeglichen!
Brüning rief's im vorigen Jahr.
Dietrich hat herausgestrichen,
Was darin entbehrlich war.
Jeder muss ein Opfer bringen!
Selbst den Ärmsten wird's gelingen,
Sich mit Schlichtheit und Vertrauen
Durch das Dickste durchzuhaun!

Alles klatschte in die Hände,
Pries des Reiches Sparsamkeit.
Jeder spürte schon die Wende
Einer neuen, bessern Zeit.
Die Regierung kriegte Blanko
Vollmacht gegen Not und Manko.
Doch das Minus blieb bestehn,
Größer als man's je gesehn.

Löhne und Gehälter sanken.
Mit bewährtem Opfersinn
Nahm man es vom Armen, Kranken,
Krüppel, Kind und Wöchnerin.
Mit Tantiemen, Dividenden
Lässt es Dietrich noch bewenden,
Weil hier der Ersparnisgeist
Ärgernis erregt zumeist.

Und seit bald nun einem Jahre
Sehn wir stets das gleiche Spiel:
Spare, Brüning! tönt es; spare!
Unser Nächster braucht zuviel.
Spar beim Schiele! Spar beim Gröner!
Hände weg! – Das wär noch schöner!
Schallt alsbald die Antwort hier.
Spar getrost, doch nicht bei mir!

Für die Heilung unsrer Krise
Weiß gar mancher eine Kur,
Dieser jene, jener diese.
Und was spart man schließlich nur?
Renten, Löhne und Gehälter!
Proletarier, Angestellter,
Euer Ruhm tönt weit und breit:
Mannequins der Sparsamkeit!

Erich Mühsam
Aus: *Ulz*, Nr. 23, 4. Juni 1931



Kreuzberger Kinder protestieren am Lausitzer Platz gegen Bildungsabbau.

FOTO: TRANSIT

Zukunft der Kitas

Konsequenzen aus der PISA-Studie: Kindertagesstätten müssen Bildungseinrichtung werden.

Die positiven Visionen über die Zukunft der Kindertagesstätten von Gerda Wunschel klingen so selbstverständlich, dass man sich wundert, warum dies alles nicht schon längst umgesetzt wurde. Aber das Einfache ist ja oft sehr schwer zu machen, scheint es. Nicht zuletzt der Schock der PISA-Ergebnisse bringt nun aber doch noch einige Dinge ins Rollen.

Die Erzieherinnen und die Lehrenden diskutieren in der GEW schon länger über die notwendige Qualitätsverbesserung der Arbeit in den Kindertagesstätten. Die GEW hat das Resultat dieser Diskussionen Anfang des Jahres in einem „Rahmenplan frühkindlicher Bildung“ zusammengefasst und vorgelegt. Jetzt zieht die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport ebenfalls mit einem Entwurf für ein Kita-Bildungsprogramm nach. Man darf gespannt sein, was daraus wird, wenn es darum geht, auch die Rahmenbedingungen entsprechend zu gestalten – und die finanziellen Mittel dafür fällig werden.

Das gilt ähnlich für die Reform der Erzieherinnen-Ausbildung. Brigitte Holst-Oehlke stellt den etwas holprigen und langwierigen Reformprozess in Berlin vor und die ersten Ergebnisse. Andere Bundesländer sind in dieser Angelegenheit allerdings schon längst viel weiter. Berlin hinkt hier der allgemeinen Entwicklung mal wieder hinterher.

Die vom Senat angestrebten Ausgründungen von städtischen Kindertagesstätten in freie Trägerschaft tragen viel Unsicherheit und Sorge in die Einrichtungen. Die GEW hilft hier mit Rat und Tat und schaltet sich aktiv in die wohl nicht mehr rückgängig zu machende Entwicklung ein. Klaus Schroeder berichtet, was die Landesdelegiertenkonferenz dazu beschlossen hat. Manch wertvolle Energie wird durch die Wirren der Ausgründungen verbraucht und fehlt nun möglicherweise bei der Umgestaltung der Kitas zu Bildungseinrichtungen. Nicht gerade günstige Voraussetzungen für all die dringend fälligen Reformen.

Beste Praxis – bleibt's eine Vision?

Berliner Kitas zwischen Kürzungsdruck und pädagogischem Anspruch.

von Gerda Wunschel-Gavlasz, Kita-Leiterin

Welche Rahmenbedingungen erschweren uns eigentlich, die „beste Praxis“ in die Tat umzusetzen? Seit Jahren gibt es für Kindertagesstätten keine Sicherheit mehr! Das bezieht sich auf die Personalsituation, freie Stellen über lange Zeit oder Zeitverträge, die erst in letzter Minute für kurze Zeiträume verlängert werden. Auch die materielle Ausstattung ist seit langem nicht mehr gewährleistet. Dabei denke ich jetzt weniger an tropfende Dächer, sondern an das Material, das die Kinder für ihre Entwicklung brauchen: Bilderbücher in ihrer Muttersprache, neuere Bilderbücher generell, einen Globus und eine Weltkarte vielleicht, Stifte und das nötige Papier dazu. Alles, was dazu dient, Kinder kreativ werden zu lassen und sich ein Bild von der Welt zu machen, ist für mich kein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit, die aber nicht selbstverständlich ist. Zu notwendigen Rahmenbedingungen zähle ich aber auch einen Krippen- oder Kindergartenplatz für jedes Kind, der den Bedürfnissen der Familien entspricht und der nicht die Anwesenheit des Kindes diktiert und orientiert ist an Arbeit oder Arbeitslosigkeit von Eltern.

Was braucht ein Kind?

In jeder Kindertagesstätte spielen und lernen Kinder miteinander, die unterschiedliche familiäre Verhältnisse haben, deren Eltern aus verschiedenen Kulturen kommen, die einen unterschiedlichen Entwicklungsstand mitbringen. Die Kita, das ist der Ort, wo sie gleichberechtigt ihre Erfahrungen einbringen, gemeinsam planen und tätig sein können. Dazu gehört, dass Kinder Regeln aushandeln und Kompromisse eingehen. Der Alltag in der Kita ist ein Feld für vielfältiges soziales Lernen, andererseits bieten Alltagssituationen wie Einkaufen für das Frühstück, im Garten arbeiten oder Tiere versorgen allen Kindern die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten einzubringen und zu erweitern. Wir Erzieherinnen bieten den Rahmen, damit Kinder ihre Potenziale entwickeln können. Wir müssen die Aktivitäten der Kinder wahrnehmen, uns für ihre Gedanken und Gefühle interessieren und sie in ihrem Tun bekräftigen, um eine gute Entwicklung zu gewährleisten. Unsere Aufgabe ist auch, Kindern neue Erfahrungen und neues Wissen zu ermöglichen. Ich sehe die Aufgabe der Erwachsenen darin, eine anregungsreiche Umgebung zu schaffen, in der es viel zu sehen und auszuprobieren gibt, wo es Erfahrungsbereiche gibt,

die diesen Namen auch verdienen und wo Kinder und Erzieherinnen mit- und voneinander lernen können. Das alles wird nur möglich, wenn Kinder verlässliche Bindungen zu ihren Erzieherinnen entwickeln können, die Basis für eine Lernkultur. Auch die Räume müssen allen Kindern die Möglichkeit eröffnen, selbstständig zu handeln. Dazu gehört, dass die Dinge, die Kinder brauchen, für sie auch gut erreichbar sind und Kinder selbst entscheiden können, womit sie spielen wollen. Das sind für mich die Voraussetzungen, damit Kinder forschen und begreifen können. Ich beobachte häufig die kleinen Kinder, die unbekannte Gegenstände untersuchen: sie betrachten sie von allen Seiten, stecken sie in den Mund, betasten sie, klopfen oder werfen damit und überprüfen die Gestalt. Auch ältere Kinder verfahren ähnlich, sie prüfen, vergleichen, probieren aus und stellen Fragen. Das führt dazu, dass sie Ähnlichkeiten und Unterschiede feststellen, in Sorten einteilen und Gruppen bilden und damit auf dem Weg zu mathematischem Verständnis sind. All das erfordert von den Erzieherinnen die Bereitstellung vielfältiger Materialien und die Bereitschaft, die Räume immer wieder den Entwicklungsschritten der Kinder anzupassen. Allerdings sind wir dabei nicht allein, wir können mit den Kindern planen und umräumen. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass auch Eltern ihre Ideen dazu einbringen wollen.

Die Punkte, die ich genannt habe und die nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Alltag sind, können nicht ohne die Beobachtung der Kinder und die Planung der pädagogischen Arbeit verwirklicht werden. Und hier wird es wenig visionär, wenn ich an den Alltag denke. Vorbereitungszeiten, die mühsam aus dem Zeitbudget geschnitten werden müssen und die bei Personalausfall immer wieder gefährdet sind. Wie neidisch war ich vor kurzem als ich eine Kollegin aus Augsburg traf, die sagte, sie habe 7,5 Stunden Verfügungszeit pro Woche! Und die Zeit fand sie auch notwendig, um gute pädagogische Arbeit zu leisten.

Eltern sind willkommen

Eltern sind für mich keine Kunden, die man nach den gewünschten Öffnungszeiten befragt und die sonst möglichst vor der Tür bleiben und schon gar nicht das Konzept einsehen – oder sogar mitentwickeln – sollen. Viel mehr sind Eltern für mich Partner, Partner bei der Erziehung ihres



Kreativ sind schon die Jüngsten.

FOTO: JUNKER-RÖSCH

- Kindes. Partner begegnen sich auf gleicher Augenhöhe und die Partnerschaft bringt gleiche Rechte und Vertrauen mit sich. All das braucht einen festen Rahmen und da wir Erzieherinnen die Spezialistinnen für Erziehung sind, sind wir gleichzeitig die Fachleute, die einladen müssen, die ihre Arbeit transparent machen, die Erwartungen und Ansprüche der Eltern akzeptieren und zur Beteiligung einladen. Denn wir sind auf das Fachwissen der Eltern über ihr Kind angewiesen!

Lernen von den Nachbarn

Sehr beeindruckt war ich während einer Studienreise nach London, wo wir Early Excellence Center besuchten. Die Bilder, die die Kinder malen, werden in Mappen gesammelt. Nicht so ungewöhnlich für uns. Auf jedem einzelnen Bild klebte ein Sticker, auf den die Erzieherinnen schrieben, wie das Kind die Tätigkeit ausgeführt hat, welche Kommentare es abgab, und welche Fähigkeiten gefördert werden. Die Mappen liegen offen im Gruppenraum, sie sind für die Eltern jederzeit einsehbar und dienen als Grundlage für Entwicklungsgespräche, die in kurzen Abständen geführt werden. Pro Woche werden jeweils zwei Kinder einer Gruppe durch ihre Erzieherinnen beobachtet, welche Kinder das sind, wird ausgehängt und die Beobachtungen mit den Eltern besprochen. Early Excellence Center heißt auch, Bildungsangebote für Eltern in den Alltag zu integrieren.

Elterngesprächskreise

Nicht nur im Ausland, sondern auch in Berlin-Kreuzberg werden in einigen Kitas sehr erfolg-

reich Elterngesprächskreise in türkischer Sprache geführt. Diese Gesprächskreise haben einen anderen Charakter als Entwicklungsgespräche oder Elternabende. Sie laden Eltern mit kleinen Kindern bis 6 Jahre ein, Informationen über die frühkindliche Erziehung in ihrer Muttersprache zu erhalten und ihre Erfahrungen beizutragen. Aber auch Erfahrungen mit Migration und schmerzliche Erfahrungen mit Diskriminierung sind ein Thema. Die inhaltlichen Themen, die die Eltern sich aussuchen, sind Fragen, die alle Eltern haben. Ein Beispiel: „Freche Söhne, brave Töchter?“ stellte in Frage, ob sich die Erziehung der Jungen deutlich von der der Töchter unterscheiden muss.

Bildung und Schulerfolg ist für alle Eltern ein Thema. Für Familien nichtdeutscher Herkunftssprache ist das aber mit dem guten Erst- und Zweitspracherwerb verbunden. Deshalb haben die Eltern unserer Kita zur Zeit „Sprache“ als Thema des Gesprächskreises gewählt. Es geht nicht nur um Informationen zur Erst- und Zweitsprache. Es geht auch darum, mit Eltern eine Bibliothek zu besuchen und Spiele zu spielen, die die Kinder aus der Kita kennen und insgesamt das Bewusstsein über die Bedeutung des Sprechens zu stärken. Die erste Auswertung hat uns gezeigt, dass die Eltern den Elterngesprächskreis vor allem deshalb besuchten, weil er in türkischer Sprache stattfand. Auch Eltern, die bisher bei deutschsprachigen Elternabenden eher still waren, hatten etwas zu sagen. Ich meine, das ist ein guter Weg, sich mit Eltern, die sich in der Fremdsprache weniger beteiligen können, die Erziehungspartnerschaft aufzunehmen.

Ich denke, wir müssen stärker als bisher die Kompetenzen aller Eltern nutzen, die sie mit ihren Erziehungserfahrungen, ihrer Lebens- und Berufserfahrung, ihren Hobbys mitbringen. Diese Kompetenzen sollten wir nutzen, um zusätzliche Möglichkeiten für die Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit zu erschließen. Das heißt aber auch, dass Eltern nicht nur von den Erzieherinnen Geplantes umsetzen, sondern auch an Planung und Organisation beteiligt werden.

Visionen

Ich war froh, als ich hörte, dass es in Zukunft in Berlin ein Bildungsprogramm geben wird, das sehr praxisnah die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder von 0 – 6 beschreibt. Ich fürchte nur, dass notwendige Rahmenbedingungen, wie ein umfangreiches Fortbildungsprogramm zu den Themen des Programms, auf der Strecke bleiben, dem Kürzungsdruck zum Opfer fallen. Ich hoffe dennoch, das Programm bleibt keine Vision, sondern bereichert unseren Alltag real.

Ach, zum Schluss habe ich doch noch eine Vision: zwei Erzieherinnen pro Gruppe! ■

Der Artikel ist die leicht gekürzte Fassung des Redebeitrags der Autorin Gerda Wunschel-Gavlasz auf der Kita-Veranstaltung Anfang Mai, siehe Seite 15.

Nägel mit Köpfen machen!

Alle fordern den Ausbau der frühkindlichen Bildung, trotzdem geht es nicht voran. Der von der GEW vorgestellte „Rahmenplan frühkindlicher Bildung“ soll die Diskussion neu beleben.

von Klaus Schroeder, Leiter des Referats Jugendhilfe und Sozialarbeit

Im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) ist gesetzlich festgelegt, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowohl Bildung, Erziehung und Betreuung umfasst. Die GEW hat auf Bundes- und Landesebene immer wieder kritisiert, dass der Bereich der Bildung in der Arbeit der Tageseinrichtungen für Kinder lange Zeit sträflich vernachlässigt wurde. Die Ausgestaltung der Arbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder ist von politischer Seite jahrelang zu stark auf die Aspekte der Betreuung und Erziehung eingengt worden, geschuldet der rein quantitativ geführten Diskussion über die Gewährleistung des Platzangebots für Kinder im Alter von 3

bis 6 Jahren. Sowohl WissenschaftlerInnen als auch die ErzieherInnen in den Kitas und zunehmend ebenfalls die Eltern fordern, dass die Qualität der Kitas verbessert werden muss in Richtung Bildungseinrichtung. Mittlerweile haben dies auch die PolitikerInnen begriffen und betonen seit einiger Zeit ebenfalls den Bildungsanspruch der Kitas. Leider bleibt aber die Realität hinter dieser Einsicht deutlich zurück. Die Absenkung des Personalstandards in Berlin, die zunehmende Unruhe in den Kitas wegen der Übertragungen in freie Trägerschaft, die angedrohte Erhöhung der Elternbeiträge sowie Sarrazins unaufhörlicher Ruf nach Ausbau der Tagespflege zu Lasten der Krippe lassen an der Ernsthaftigkeit der Erkenntnis der PolitikerInnen zweifeln. Um in dieser Situation die Diskussion um die frühkindliche Bildung voran zu treiben, hat die GEW Ende 2002 einen „Rahmenplan frühkindlicher Bildung“ zur Diskussion gestellt.

Jetzt wurde in Berlin von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport ein Entwurf für ein „Bildungsprogramm für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen bis zu ihrem Schuleintritt“ vorgestellt. Erarbeitet wurde das Programm von Wissenschaftle-

rInnen und PraktikerInnen unter der Federführung der „Internationalen Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie“ (INA) an der Freien Universität Berlin. Verantwortliche Vertreterin der INA ist Christa Preissing. Dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport ein eigenes Bildungsprogramm für die Kindertagesstätten hat erarbeiten lassen, ist anerkennenswert.

Zwar war bei Redaktionsschluss der blz der Entwurf noch nicht einsehbar, aber bei der INA als vorliegender Stelle kann man positiv erwartungsvoll einige Hoffnungen hegen. Allerdings: Ein Bildungsprogramm ohne das notwendige Geld zur Umsetzung

der Erkenntnisse bringt uns auch nicht weiter. Senator Klaus Böger muss deshalb dafür sorgen, dass die Kindertagesstätten die Mittel erhalten, die sie benötigen, um sich zu qualitativ besseren Tageseinrichtungen fortzuentwickeln.

Ein Bildungsprogramm ohne das notwendige Geld zur Umsetzung der Erkenntnisse bringt uns auch nicht weiter.

Wir hoffen, dass die beiden vorliegenden Programme die Diskussion beflügeln und zumindest in Berlin bald Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Einsicht und die Erkenntnisse zur frühkindlichen Bildung müssen endlich auch in die konkrete Praxis umgesetzt werden.

Der „Rahmenplan frühkindlicher Bildung“ ist in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN als Broschüre erhältlich. Der Entwurf für ein Bildungsprogramm für Kitas ist inzwischen auf der Internetseite der Senatsverwaltung veröffentlicht. ■



FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Die Entdeckung der Langsamkeit

Wie es in Berlin mit der Reform der Erzieherinnen-Ausbildung weiter geht, bleibt unklar.

von Brigitte Holst-Oehlke, Fachgruppe sozialpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung



FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Nach den Sommerferien soll die Reform der Erzieherinnenausbildung in Berlin umgesetzt werden. Vier Wochen vor den Sommerferien oder drei Monate vor dem Start der Ausbildungstätigkeit gibt es Entwürfe für die Ausbildungsrichtlinien und den Rahmenplan, die aber noch diskutiert werden. Bis Oktober 2002 sollte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport einen Gesetzentwurf vorlegen, es folgte eine Vertagung des Termins auf das Frühjahr 2003.

Grobe Struktur des Entwurfes

Bis heute existiert ein Entwurf, der die fachlich diskutierte Vorlage der Strukturkommission kaum berücksichtigt. Wie die Entwicklung weiter geht, ist unklar. Die Zulassung zum Vollzeitstudium an einer Fachschule für Sozialpädagogik sieht an erster Stelle die Fachhochschulreife vor. Bedauerlicherweise werden auch die alten, minimalen Standards genannt, der erweiterte Hauptschulabschluss in Verbindung mit dem Abschluss (gewertet als Realschulabschluss) einer Berufsfachschule für Sozialwesen. Es könnte ein Irrtum sein, weil gleichzeitig die Information an die Schulen weiter gegeben wurde, dies gilt als Übergangsregelung bis zum Schuljahr 2004.

Für die dreijährige einphasige Ausbildung sind drei Praktika (fachpraktische Phasen) vorgesehen. Davon ist das erste oder zweite ein Pflichtpraktikum in einer Kindertageseinrichtung oder in einer Schule (im Entwurf heißt es „im Rahmen der Kinderbetreuung“), das jeweils zweite Praktikum bietet als Wahlpflichtpraktikum den Studierenden Alternativen zwischen Jugendarbeit, Heimerziehung oder Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen an. Frei wählen können die Studierenden ihren fachpraktischen Schwerpunkt für das letzte Praktikum (siehe Tabelle).

Berlin hinkt hinterher

Diese Situation verwundert nicht nur, weil die Notwendigkeit der Reform der Erzieherinnenausbildung nicht erst seit der neueren KMK-Vereinbarung vom 28.01.2000 bundesweit von Fachkreisen diskutiert und gefordert wird, sondern auch, weil andere Bundesländer bereits seit 1996 die Ausbildung von Erzieherinnen nach reformierten Ausbildungsrichtlinien und Rahmenplänen umsetzen und die Zulassungsbedingungen angehoben haben, z. B. Schleswig-Holstein.

Die langjährige fachliche Diskussion zielt auf eine Reform der Erzieherinnenausbildung, weil nur eine

FREI WÄHLEN KÖNNEN DIE STUDIERENDEN IHREN FACHPRAKTISCHEN SCHWERPUNKT FÜR DAS LETZTE PRAKTIKUM

| Semester | Fachtheorie | Fachpraxis/Praktika jeweils in Verbindung mit praxisbegleitenden Seminaren |
|----------|-----------------|---|
| 1. | 20 Wochen | - |
| 2. | 8 Wochen | 12 Wochen/Pflichtpraktikum |
| 3. | 8 Wochen | 12 Wochen/Wahlpflichtpraktikum |
| 4. | 20 Wochen | - |
| 5. | - | 1 Semester/Wahlpraktikum |
| 6. | Prüfungsemester | - |

Die fachtheoretische Ausbildung erfolgt in Ausbildungsbereichen (im Entwurf heißt es: „Fächer“), dazu wurden jeweils Themenfelder entwickelt:

Ausbildungsbereiche

Kommunikation und Gesellschaft
Sozialpädagogische Theorie und Praxis
Musisch-kreative Gestaltung/Bewegung und Spiel
Ökologie und Gesundheit
Organisation, Recht und Verwaltung

Beispiele aus den Themenfeldern

Sprache als Grundlage menschlicher Entwicklung verstehen und fördern
Bilden und Erziehen: Lernumwelten von Kindern und Jugendlichen gestalten
Entwicklung menschlicher Ausdrucksformen anregen, begleiten und anleiten
Natur und Umwelt erfahren und nachhaltig sichern
Sozialpädagogisches Handeln im Kontext gesellschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen konzipieren und gestalten



Seit Jahren wird für eine Anerkennung der Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung gekämpft.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

qualifizierte Fachkraftausbildung den veränderten Anforderungen der Arbeit in der Jugendhilfe gerecht werden kann und die Erzieherinnen und Erzieher in Deutschland (auch in Österreich) im europäischen Vergleich immer noch auf niedrigstem Niveau ausgebildet werden.

Berlin fordert zur Zeit für die Aufnahme an einer Fachschule für Sozialpädagogik minimalste Standards: den erweiterten Hauptschulabschluss und den als Realschulabschluss gewerteten Besuch einer Berufsfachschule für Sozialwesen. In allen anderen europäischen Ländern werden sozialpädagogische Fachkräfte an den Hochschulen ausgebildet. Es gibt also für Erzieherinnen in Berlin keine Qualifizierung für Europa, höchstens als Hilfskraft.

Fachverwaltung wird nicht fertig

In Berlin wurden die Fachverwaltungen zum Sommer 2001 aktiv. Eine „Strukturkommission“ wurde einberufen. Vertreterinnen aller Fachschulen für Sozialpädagogik erhielten den Auftrag, Grundlagen für eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung unter folgender Auflage zu erarbeiten: Die Erzieherinnenausbildung bleibt eine dreijährige und zweiphasige Ausbildung, d.h. es gibt einen zweijährigen schulischen Ausbildungsteil und ein anschließendes einjähriges bezahltes Berufspraktikum in einer sozialpädagogischen Einrichtung in Verbindung mit praxisbegleitenden Seminaren.

Die Anhebung der Zulassungsvoraussetzung für die Fachausbildung als Erzieherin blieb offen, angestrebt wurde aber die Fachhochschulreife als Bildungsvoraussetzung. Unter Hochdruck und mit viel Sachverstand erarbeitete die eingesetzte Strukturkommission einen Rahmen

für die zweiphasige Ausbildung. Der Entwurf war fertig, verabschiedet wurde er nie.

Einphasige Ausbildung

Im Mai 2002 beschließt der Senat eine einschneidende Veränderung: die Ausbildung soll einphasig werden, d.h. das bezahlte Berufspraktikum entfällt und die Praxisphasen werden in eine dreijährige schulische Ausbildung integriert. Zusätzlich sollen die Zulassungsbedingungen für die Aufnahme an der Fachschule für Sozialpädagogik verändert werden. Die Fachhochschulreife, also der Abschluss einer zweijährigen Fachoberschule, soll u. a. Voraussetzung für die Fachausbildung als Erzieherin an einer Fachschule sein. Für die Absolventinnen der Berufsfachschulen für Sozialwesen soll es eine Übergangsregelung geben. Außerdem soll, wie es in Ausbildungen des dualen Systems Vorgabe ist, nach Lernfeldern ausgebildet werden.

Das Prinzip Hoffnung

Die Informationen über den Stand der Reform für den Ausbildungsrahmen sind nicht nur für die Lehrkräfte von Bedeutung, sondern auch für die Erzieherinnen in den sozialpädagogischen Einrichtungen. Die neue Struktur zielt auf eine engere Vernetzung der fachtheoretischen und fachpraktischen Ausbildung, die Erzieherinnen durch die Praxisanleitung mitgestalten. Es bleibt zu hoffen, dass vor den Sommerferien ein Entwurf vorliegt, der auf eine qualifizierte Fachkraftausbildung zielt, und das Erste Gesetz zur Änderung des Sozialberufs-Anerkennungsgesetzes rechtzeitig die fachpraktischen Ausbildungsphasen regelt. ■

Wir mischen uns ein

Position der GEW BERLIN zu den Kita-Übertragungen in freie Trägerschaft.

von Klaus Schroeder, Leiter des Referats Jugendhilfe und Sozialarbeit



Protest gegen die Kita-Politik des Senats.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Der Landesvorstand sowie die Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW BERLIN haben sich mit dem notwendigen Vorgehen im fortschreitenden Prozess der Übertragung von Kindertagesstätten in freie Trägerschaft befasst. Unbeschadet unserer Position, dass Ausgründungen in eine andere Rechtsform und Übertragungen in freie Trägerschaft aus reinen finanziellen Erwägungen heraus weiterhin abgelehnt werden, geht die GEW BERLIN davon aus, dass es angesichts der weit fortgeschrittenen Veränderungen jetzt an der Zeit ist, den Ausgründungs- bzw. Übertragungsprozess im Interesse der Mitglieder zu begleiten. Möglichkeiten der Gestaltung und Beeinflussung dieses Prozesses sollen deshalb von der GEW BERLIN genutzt werden. Aus Sicht der GEW BERLIN ist eine Wahrnehmung der Mitgliederinteressen auf diesem Wege sinnvoller als mit erfolglosem Wortgeklingel „die richtige Position“ hochzuhalten.

Dies bedeutet, dass wir uns einmischen in den laufenden Prozess der Ausgründungen im Interesse der davon betroffenen Beschäftigten. Die Lan-

desdelegiertenkonferenz der GEW BERLIN hat dazu am 4./5. Juni folgenden Beschluss gefasst:

„Die LDV der GEW BERLIN spricht sich dafür aus:

1. Das im Zwischenbericht der AG Maßnahmenkatalog enthaltene Angebot, mit den Gewerkschaften in Verhandlungen über eine Überleitungsvereinbarung einzutreten, wird von der GEW BERLIN angenommen.

2. Die GEW BERLIN prüft alle Möglichkeiten, mit freien Trägern, die städtische Kindertagesstätten übernehmen, zu tarifvertraglichen Vereinbarungen zu kommen.

3. Die GEW BERLIN wird sich weiterhin bemühen, ihr Vorgehen gemeinsam mit ver.di zu gestalten; die GEW BERLIN wird den beschriebenen Weg allerdings auch allein gehen, wenn sich ver.di dem verschließen sollte.

4. Beratung und Information der betroffenen Mitglieder zu Problemen und Auswirkungen bevorstehender Trägerwechsel gehören zu den wesentlichen Aufgaben der GEW BERLIN. Der GLV wird beauftragt zu prüfen, mit welchen Kapazitäten dies gewährleistet werden kann.

5. Sobald das Strukturkonzept/der Abschlussbericht der AG Maßnahmenkatalog über den Trägerwechsel/die Ausgründung vorliegt, führt die GEW BERLIN eine Mitgliederversammlung durch.

Auf der Mitgliederversammlung werden die Kolleginnen und Kollegen ferner über das Vorgehen der GEW BERLIN informiert. Eine äußerst wichtige Aufgabe muss sein, die Politik der GEW BERLIN für die Mitglieder transparent zu machen.“

Der Beschluss der Landesdelegierten zeigt auf, wie wichtig für die GEW BERLIN die Einbeziehung der Mitglieder ist. Gerade weil die Situation für die Betroffenen mit sehr vielen Unsicherheiten

Der Prozess der Ausgründungen von Kitas ist schon weit fortgeschritten.

verbunden ist, ist es umso notwendiger unser Vorgehen und unsere Entscheidungen transparent zu machen und gleichzeitig unsere Mitglieder durch Beratung und Information mit ihren Ängsten und Befürchtungen nicht allein zu lassen. Die GEW wird kompetent und professionell den Prozess der Ausgründungen begleiten und sich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. ■

Über weitere Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz informiert unser Artikel auf Seite 18. Alle Beschlüsse der LDV sind auch vollständig auf der Internetseite der GEW BERLIN abrufbar: www.gew-berlin.de

Kitas sind kein Luxus

Podiumsdiskussion über die Zukunft der Kindertagesstätten.

von Bärbel Jung

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass Kitas kein Luxus sind, der den Landeshaushalt unnötig belastet. Die GEW BERLIN hatte gemeinsam mit anderen Organisationen aus dem Berliner Bündnis für Kinder und dem Bezirksselternausschuss Kita Tempelhof-Schöneberg im Mai zu einer Podiumsveranstaltung geladen. Vor rund 500 TeilnehmerInnen diskutierten Staatssekretär Thomas Härtel, die Erziehungswissenschaftlerin Christa Preissing, die Kita-Leiterin Gerda Wunschel (ihr Redebeitrag steht auf Seite 9), Martin Hoyer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Wolfgang Mohns (Fachbereichsleiter aus Tempelhof-Schöneberg) und Susanne Marx-Mücke vom Landeselternausschuss Kita über die Zukunft der Berliner Kindertagesstätten.

Angesichts immer wieder neuer Kürzungsandrohungen und der bereits zum Jahresbeginn erfolgten Standardverschlechterungen machten die Teilnehmer deutlich, dass Kitas die erste Stufe des Bildungssystems sind. Sie sind die Orte, an denen Neugier entsteht und gefördert wird, an denen Lernbereitschaft und Kooperation geübt werden, an denen Sprache gelernt und vertieft wird.

Alle Bemühungen, diese Arbeit zu verbessern, sind zu unterstützen. Das Verfassen von „Bildungsplänen“ und die Entwicklung von Materialien zur Sprachentwicklung reichen jedoch nicht aus, wenn den MitarbeiterInnen durch schlechte Personalausstattung die Möglichkeit zur Umsetzung genommen wird und ErzieherInnen keine Zeit mehr für individuelle Gespräche mit Kindern haben.

Kindertagesstätten müssen für alle Kinder und Familien offen sein, für den Besuch der Kita muss offensiv geworben werden – die positiven Effekte einer vorschulischen Förderung allein erreichen aber nicht alle Kinder, wenn durch bürokratische Anmeldeverfahren, Fristen und Antragsformulare Eltern ausgegrenzt werden und Diskussionen und Planungen um erhöhte Elternbeiträge Eltern verunsichern und verschrecken.

Kindertagesstätten und Schule tragen gemeinsam Verantwortung für die Kinder dieser Stadt und müssen stärker

zusammenarbeiten – lediglich die Verlagerung der Horte aus den Kindertagesstätten auf den Schulbereich ist dafür nicht ausreichend und birgt die große Gefahr, dass sich Horte ausschließlich den Anforderungen der Schule unterordnen müssen und ihre über Jahrzehnte erworbenen Kompetenzen in der Förderung von Grundschulkindern negiert werden.

Die GEW BERLIN bleibt auch weiter am Ball und veranstaltete am 13. Juni zusammen mit anderen Trägern die Fachtagung „Bildungsansprüche von Kindern“, bei der insbesondere auch die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten mit den Schulen besprochen und diskutiert wurde. Da die Tagung nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe stattfand, kommt der ausführliche Tagungsbericht erst in der September-Ausgabe der blz. ■



FOTO: ARCHIV



FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Ein Masterplan für Bildung muss her

Nicht weitere Kürzungen, sondern breite Diskussionen über Bildungsziele und Reformen in Berlin sind jetzt notwendig.



FOTO: TRANST/POLENZ

von Ulrich Thöne

TABELLE 1: BILDUNG IM ENGEREN SINNE

| | Ausgaben je Einwohner (in Euro) | Anteil am BIP (in %) | Anteil am Gesamtbudget (in %) |
|-------------------|---------------------------------------|----------------------------|-------------------------------------|
| Berlin | 1.009 | 4,60 | 15,26 |
| Bremen | 964 | 2,98 | 17,24 |
| Hamburg | 1.036 | 2,37 | 21,21 |
| Bayern | 851 | 2,73 | 21,92 |
| Rheinland-Pfalz | 740 | 3,22 | 20,71 |
| Neue Bundesländer | 850 | 4,94 | 18,82 |
| Länder insg. | 848 | 3,25 | 15,42 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

TABELLE 2: BILDUNG IM WEITEREN SINNE

| | Ausgaben je Einwohner (in Euro) | Anteil am BIP (in %) | Anteil am Gesamtbudget (in %) |
|-------------------|---------------------------------------|----------------------------|-------------------------------------|
| Berlin | 1.248 | 5,66 | 18,82 |
| Bremen | 1.139 | 3,41 | 20,39 |
| Hamburg | 1.226 | 2,78 | 25,12 |
| Bayern | 969 | 3,12 | 24,93 |
| Rheinland-Pfalz | 869 | 3,81 | 24,33 |
| Neue Bundesländer | 995 | 5,92 | 22,03 |
| Länder insg. | 979 | 3,78 | 23,79 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Berlins Bildungsressourcen könnten zwar noch effizienter eingesetzt werden, aber eine Überausstattung besteht nicht, lautet das Fazit eines unabhängigen Gutachtens, das die GEW BERLIN in Auftrag gegeben hat. Nicht weitere Kürzungen, sondern die Diskussion eines Masterplans für Bildung sollten deshalb im Mittelpunkt stehen, forderte die GEW BERLIN bei der Präsentation der 100-seitigen Studie Anfang Juni.

Die GEW BERLIN hatte die unabhängige Begutachtung der Bildungsfinanzen Berlins veranlasst, um den Hickhack über den Sarrazinschen Zahlensalat zu beenden und endlich zu einem konstruktiven Dialog über die Bildungsanstrengungen auf der Grundlage solider Zahlen zu kommen.

immer noch deutlich weniger als Hamburg, der Stadt, die am ehesten als Vergleichsmaßstab sinnvoll ist.

Bei der Bildung im weiteren Sinn, also unter Einbeziehung der Kindertagesstätten, liegt Berlin zwar auch gegenüber Hamburg bei den Ausgaben vorn (siehe Tabelle 2). Dieser Vorsprung ist aber inzwischen verschwunden, denn Berlin hat bei den Kindertagesstätten kräftig gekürzt. Nach den jüngsten Zahlen des Senats liegt Berlin mit einem Platzgeld von 4.450 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Bei den Ausgaben für die Schulen liegt Berlin nahezu bei allen Kennziffern unterhalb der Ausgaben der beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Hamburg, lediglich die Lehrer-Schüler-Relation ist in Berlin ver-

gleichsweise günstig. (siehe Tabelle 4) Diese Relation sagt allerdings nicht sehr viel über die tatsächlichen Klassenfrequenzen aus. Die Differenzen werden wesentlich durch die unterschiedliche Menge von Unterrichtsstunden pro SchülerIn bestimmt.

Bei den Berliner Hochschulen stellen die Wissenschaftler zunächst eine vergleichsweise gute Ausstattung der Hochschulen pro EinwohnerIn (Tabelle 5) fest. Diese gute Ausstattung hat aber vor allem ihren Grund darin, dass Berlin erheblich mehr Studierende pro Kopf der Bevölkerung hat als die Vergleichsländer: Rund ein Drittel der Studierenden der Berliner Hochschulen kommen von außerhalb. Berlin bildet also im hohen Maße auch für andere

Bildungsausgaben im Vergleich

Das renommierte und unabhängige Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie in Köln hat in seiner Studie die Lage in Berlin mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und den Flächenstaaten Bayern und Rheinland-Pfalz verglichen. Dabei zeigt sich, dass Berlin bei der Bildung im engeren Sinne (ohne Kindertagesstätten, siehe Tabelle 1) zwar mehr pro Einwohner ausgibt als die Flächenländer und Bremen, aber

TABELLE 3: KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

| | Ausgaben je Platz (in Euro) | Ausgaben je Einwohner (in Euro) | Anteil am BIP (in %) | Anteil am Gesamtbudget (in %) | Kinder- Betreuer- Relation |
|-------------------|-----------------------------------|---------------------------------------|----------------------------|-------------------------------------|----------------------------------|
| | 1998 | 2002 (Soll) | 2001 (vorl. Ist) | 2002 (Soll) | 1998 |
| Berlin | 6.564 | 239 | 1,06 | 3,61 | 6,25 |
| Bremen | 3.923 | 176 | 0,43 | 3,14 | 6,20 |
| Hamburg | 7.418 | 191 | 0,39 | 3,91 | 5,90 |
| Bayern | 3.009 | 117 | 0,39 | 3,02 | 9,75 |
| Rheinland-Pfalz | 3.057 | 129 | 0,58 | 3,62 | 7,70 |
| Neue Bundesländer | | 145 | 0,88 | 3,21 | |
| Länder insg. | | 131 | 0,53 | 3,19 | |

Quelle: Statistisches Bundesamt

TABELLE 4: SCHULBEREICH

| SCHULEN | Ausgaben je Schüler allg. Schulen | Ausgaben je Schüler berufl. Schulen | Ausgaben je Einwohner | Anteil am BIP | Anteil am Gesamtbudget | Schüler- Lehrer- Relation | Schüler- Lehrer- Relation |
|-------------------|---|---|--------------------------|------------------|---------------------------|---------------------------------|---------------------------------|
| | (in Euro) | (in Euro) | (in Euro) | (in%) | (in%) | (allg. Schulen) | (berufl. Schulen) |
| | 2000 | 2000 | 2002 (Soll) | 2001 (vorl. Ist) | 2002 (Soll) | 2000 | 2000 |
| Berlin | 5.300 | 3.200 | 594 | 2,74 | 09,00 | 14,2 | 22,8 |
| Bremen | 5.500 | 3.500 | 577 | 1,82 | 10,33 | 14,0 | 20,2 |
| Hamburg | 6.600 | 4.500 | 675 | 1,57 | 13,83 | 15,7 | 24,3 |
| Bayern | 4.900 | 3.100 | 606 | 1,97 | 15,60 | 16,7 | 25,3 |
| Rheinland-Pfalz | 4.500 | 3.100 | 551 | 2,41 | 15,42 | 17,1 | 26,4 |
| Neue Bundesländer | | | 628 | 3,67 | 13,90 | | |
| Länder Insg. | | | 596 | 2,30 | 14,48 | 16,3 | |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Länder mit aus. Zudem werden hier in hohem Maße kostenintensive Fächer wie Medizin oder Ingenieurwissenschaften studiert.

Berliner Besonderheit

Andere Vergleichszahlen wie etwa der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder der Anteil an den Gesamtausgaben des Haushaltes sind wegen der speziellen Bedingungen in Berlin wenig aussagekräftig. Im Vergleich zu Hamburg ist z.B. das Bruttoinlandsprodukt in Berlin nur halb so hoch, entsprechend dem kleinen BIP erscheint der Anteil der Bildungsausgaben sehr viel größer als in Hamburg. Andererseits bläht die hohe Verschuldung Berlins mit den entsprechenden Zinszahlungen wiederum den Berliner Haushalt so auf, dass nun wiederum der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt entsprechend geringer ausfällt.

Keine weiteren Kürzungen

Die Situation stellt sich insgesamt so dar, dass Berlin zwar nicht unterdurchschnittlich wenig, aber auch nicht überdurchschnittlich viel Bildungsaus-

gaben hat. Angesichts der Bedeutung des Bildungsbereiches für die Stadt können deshalb weitere Kürzungen nach dem Rasenmäher-Prinzip die Substanz der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins beschädigen. Dies muss verhindert werden. „Es dürfte bei halbwegs realistischer Betrachtung kaum ein Weg an Sparmaßnahmen im Bildungsbereich vorbeiführen“, stellen die Gutachter in ihrem Vorwort fest. Mit dieser These bringen die Gutachter ihre Skepsis zum Ausdruck, den maroden Landeshaushalt überhaupt sanieren zu können. Die GEW BERLIN teilt die in dieser generellen Aussage liegende Tendenz nicht, sieht jedoch aufgrund der prekären Haushaltslage durchaus, dass Reserven mobilisiert werden müssen. Dies setzt jedoch voraus, dass ein breiter Konsens für notwendige Umgestaltungen hergestellt wird und insbesondere die Ziele und das zu erhaltende Niveau formuliert werden. Berlin muss mit dem Pfund Bildung wuchern und es nicht auch noch abspecken wollen auf ein Minimalniveau, das keine Wachstumsimpulse mehr aussendet.

Wie in Berlin noch Reserven zu mobilisieren sind, dazu gibt das Gutachten ebenfalls einige Hinweise: Mehr Alterszeit und freiwillige Teilzeit und gleichzeitig Einstellung junger Kollegen

senken den Altersdurchschnitt und damit auch die Personalkosten.

Aus bildungspolitischer Sicht ist eine größere Verzahnung und Durchlässigkeit der Schulen im SEK I Bereich dringend geboten. Das wiederum setzt die Forderung nach einer stärker schulübergreifenden Orientierung des SEK II-Bereichs auf die Tagesordnung. Ein Nebeneffekt zahlenmäßig stärker frequentierter Oberstufen könnte in der Senkung der Ausgaben pro Schüler/In liegen, ohne die Kurswahlmöglichkeiten unnötig einzuengen. Statt Warteschleifen in berufsvorbereitenden Maßnahmen, statt einer hohen Quote von Schulabbrechern und „Sitzenbleibern“ sollten andere Formen des Lernens und des Förderns geprüft werden. Da Berlin in großem Maße für andere Länder ausbildet, sollte auch ein Finanzausgleich zwischen den Bundesländern diese Leistung entsprechend berücksichtigen. Außerdem sollte nicht zuletzt geprüft werden, ob Hochschulen, die gleiche Fächer oder Studiengebiete anbieten, stärker als bisher kooperieren und damit Synergieeffekte besser nutzen können.

Die Studie kann von der Internetseite der GEW BERLIN (www.gew-berlin.de) als PDF-Datei herunter geladen oder ausgedruckt werden. Vorhanden sind eine Kurzfassung (13 Seiten) und eine Langfassung (100 Seiten). ■

TABELLE 5: HOCHSCHULBEREICH

| HOCHSCHULEN | Ausgaben je Studierenden an Unis | Ausgaben je Studierenden an FHs | Ausgaben je Einwohner | Anteil am BIP | Anteil am Gesamtbudget | Studierende- wiss. MA- Relation | Studierende- wiss. MA- Relation |
|-----------------|--|---------------------------------------|--------------------------|------------------|---------------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|
| | (in Euro) | (in Euro) | (in Euro) | (in %) | (in %) | (Uni) | (FH) |
| | 2000 | 2000 | 2002 (Soll) | 2001 (vorl. Ist) | 2002 (Soll) | 2000 | 2000 |
| Berlin | 8.065 | 5.564 | 383 | 1,71 | 5,80 | 11,9 | 27,5 |
| Bremen | 10.087 | 4.124 | 318 | 0,99 | 5,70 | 20,9 | 24,9 |
| Hamburg | 8.251 | 5.711 | 318 | 0,70 | 6,51 | 12,9 | 24,4 |
| Bayern | 9.308 | 4.427 | 196 | 0,60 | 5,04 | 10,3 | 27,4 |
| Rheinland-Pfalz | 7.046 | 4.711 | 135 | 0,64 | 3,78 | 15,7 | 22,9 |
| Länder insg. | 7.534 | 4.862 | 202 | 0,77 | 4,91 | | |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Landesdelegierten tagten

Haushaltsnotlage in Berlin, Arbeitszeitverlängerungen und Mittelstreichungen, dazu eine Regierungskoalition, die vom Finanzsenator am Nasenring durch die Stadt gezogen wird. Für Zündstoff auf der Frühjahrs-Delegiertenversammlung der GEW BERLIN war gesorgt.



FOTO: PRIVAT

von Pit Rulff, verantwortlicher Redakteur der blz

Die erste Überraschung ist positiv: Warum hat uns bisher niemand diese Tagungsstätte empfohlen? Die Verwaltungsfachhochschule bietet reichlich Platz für die Delegierten. Der Blick auf sonnenbeschienene Bäume zügelt manche Kampfeslust und die Mensa des Hauses erspart lange Lauf- und Wartezeiten, auch wenn das Salatbuffett nach dem Ansturm reichlich gerupft aussieht. Wenn da nur nicht der Senat als Spielverderber und die weite Anreise aus Westend gewesen wären. Aber der Weg hat sich gelohnt – die 170 fehlenden Delegierten haben etwas versäumt.

In seinen mündlichen Ergänzungen zum Tätigkeitsbericht setzt sich Ulrich Thöne ausführlich mit der politischen Situation und der zurzeit herrschenden gesellschaftlichen Krise auseinander. Beispielhaft nennt er dafür die Bestrebungen, die sich in der Agenda 2010 niederschlagen, betont aber auch die Probleme der Gewerkschaften, die sich insbesondere dadurch ergeben, dass es im politischen (Parteien-) Spektrum keine Alternative zu den Grundtendenzen der zurzeit herrschenden Politik gibt. In dieser Situation werden naturgemäß widersprüchliche Erwartungen an die

Gewerkschaften formuliert. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die vorhandenen gewerkschaftlichen Strukturen nur unzureichend geeignet sind, die Erwartungen der Mitglieder zu erfüllen. Insbesondere gelingt es uns kaum, neue und junge Mitglieder zur aktiven Mitarbeit zu bewegen. Hier herrscht unmittelbarer Handlungsdruck für die GEW BERLIN.

Im Mittelpunkt der Debatte stehen die Auseinandersetzung mit dem Senat, ein Warnstreik, der Tag der Bildung am 27. Juni 2003 und die Bildungsfinanzen Berlins (siehe dazu auch Seite 16). Viele Delegierte berichten über Mobilisierungsprobleme vor Ort, aber alle betonen die Notwendigkeit von konkreten Kampfaktionen gegen den Senat und seinen politischen Kurs. Mit einer Reihe von Änderungen wird folgender Leitanspruch bei zehn Gegenstimmen beschlossen:

Auseinandersetzungen mit dem Senat

„Die GEW BERLIN organisiert den Widerstand gegen den Bruch des Flächen-tarifvertrages und die Demontage des Sozialstaats durch schwere Einschnitte in allen Bereichen. Die drastische Pflichtstundenerhöhung und die beabsichtigte Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, die Drohung mit betriebsbedingten Kündigungen, dramatische Finanzierungs-kürzungen der Hochschulen und der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen so-

wie die Ausgliederung der Kindertagesstätten aus der bezirklichen Trägerschaft sind weitere Maßnahmen der neoliberalen Landesregierung zu Lasten der Beschäftigten und der am Bildungswesen Beteiligten.

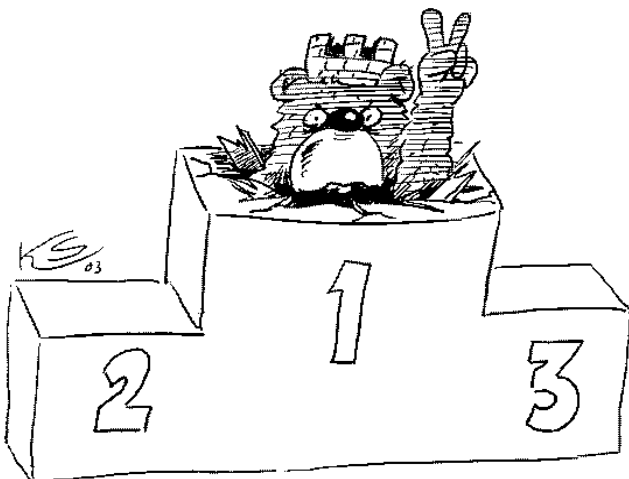
Arbeitsbedingungen in der Berliner Schule

1. Die GEW BERLIN hält eine Verhandlungslösung zur Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung für nicht mehr erreichbar. Der Widerstand gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in der Berliner Schule soll deshalb in den nächsten Wochen organisiert und gebündelt werden bis hin zu einem landesweiten Warnstreik in den Berliner Schulen noch vor den Sommerferien 2003.

2. In Auswertung der regionalen Mitgliederversammlungen schlägt der Landesvorstand der Landesdelegiertenversammlung vor, den Senat unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Rücknahme der erpresserischen, bildungs- und beschäftigungspolitisch kontraproduktiven Pflichtstundenerhöhung und zum Verzicht auf die Anwendung der Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsgesetz zu bewegen. Gleichzeitig beinhaltet diese Auseinandersetzung die Forderung nach Erhalt der Lehrer-Schüler-Relation und der Schaffung eines jährlichen Einstellungskorridors im Umfang von 1000 Stellen.

3. Angesichts der Massivität des Angriffs auf den Bildungsbereich wird der Landesvorstand beauftragt, ein Konzept für eine längerfristige Auseinandersetzung mit dem Senat auszuarbeiten.

4. Um die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung deutlich zu machen, beschließt die LDV, dass die GEW BERLIN die Berliner Lehrkräfte am 27.06.03 – dem bundesweiten Tag der Bildung – in der Zeit von 8.00 bis 9.30 Uhr zu einem landesweiten Warnstreik aufruft. Streik-



versammlungen bzw. Kundgebungen werden dezentral in den Bezirken in Kooperation mit den Bezirksleitungen organisiert. Ferner wird der Landesvorstand beauftragt zu konkretisieren, wie der Unmut über die Präsenztage am Ende der Sommerferien in eine weitere landesweite Widerstandsaktion überführt werden kann.

5. Um diese beiden ersten Aktionen vorzubereiten, organisiert die GEW BERLIN am 23.06.03 (oder 24.06.03) eine Berliner Vertrauensleute-Konferenz.

6. Die GEW BERLIN fordert ihre Personalräte in den bezirklichen Personalvertretungen auf, in der Woche vom 23. bis 26.06.03 Personalversammlungen durchzuführen, um die Beschäftigten über die Themen Arbeitszeit, neue Arbeitszeitmodelle, Ferienpräsenzzeiten und die geplanten Einschnitte beim Einkommen umfassend zu informieren.

Tag der Bildung

Gemäß unserer Beschlussfassung organisiert die GEW BERLIN die Gestaltung des Tags der Bildung am 27. Juni 2003 in möglichst vielen Bildungseinrichtungen (Kitas und Schulen). Für den Nachmittag des 27.06. orientieren wir auf die Teilnahme an einer Berliner Bildungsdemo, zu der vom Aktionsbündnis „Zukunft für Bildung“ aufgerufen wird.

Jugendhilfe/Sozialarbeit

Über die Beschlussfassung zu diesem Bereich berichtet Klaus Schroeder im Schwerpunktthema auf Seite 14.

Sprachstandserhebung „Bärenstark“

Ausführlich beschäftigen sich die Delegierten mit der Aufhebung der Lernmittelfreiheit und der Sprachstandsuntersuchung „Bärenstark“. Der kleinste gemeinsame Nenner für die Delegierten ist, wie auch in anderen Fällen, ein klares Nein gegenüber dem Senat. Damit hat die GEW Berlin zwar eine klare Position, lässt die Betroffenen aber mit ihren Problemen weitestgehend allein.

Modellvorhaben eigenverantwortliche Schule

Über zwei Stunden werden das Modellvorhaben und die von einer Arbeitsgruppe vorgelegten Eckpunkte leidenschaftlich diskutiert, bis diese von den Delegierten an eine noch nicht existierende Arbeitsgruppe für eine drittklas-

sige Beerdigung überwiesen werden. Zum jetzt beginnenden Modellvorhaben hat die GEW BERLIN nun keine Meinung. Die aktiven GEW-Mehrheiten fast aller teilnehmenden 30 Schulen werden sich ihre eigene Meinung zu dieser Vogel Strauß Figur bilden.

Weitere Beschlüsse

Ohne lange Diskussion und Gegenstimmen wird die Position zur Ganztagschule gefunden. Thomas Isensee stellt die Neufassung des Antrages den Delegierten vor, der nicht als endgültige Positionsbeschreibung der GEW BERLIN zu dem Thema Ganztagschule zu verstehen ist, sondern versucht eine Prozessbeschreibung vorzunehmen, um damit die Notwendigkeit der Auseinandersetzung und Einflussnahme der GEW BERLIN auf dieses Thema zu beschreiben. In der nächsten blz wird der Beschluss für die Diskussion in der Mitgliedschaft abgedruckt. Auf der Grundlage der Diskussion und von Expertengesprächen soll dann die endgültige Position der Landesdelegiertenversammlung zur Ganztagschule formuliert werden.

In weiteren Beschlüssen der LDV wenden sich die Delegierten gegen die Reduzierung der Abordnungsstunden im Bereich interkulturelles Lernen am Lisum, gegen die drohende Schließung von 30 Schulstationen an den Berliner Grundschulen und gegen die beabsichtigte Kürzung im Bereich der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von Kinder und Jugendlichen.

Die ablehnende Stellungnahme der GEW zum Entwurf für ein neues Schulgesetz wird ohne große Diskussion verabschiedet. Über den Entwurf ist in der blz ausführlich berichtet und in den Gliederungen der GEW BERLIN auch diskutiert worden. In der Präambel der Stellungnahme heißt es:

„Die GEW BERLIN lehnt den jetzt durch den Senat von Berlin beschlossenen, aber schon seit längerem vorliegenden Entwurf für ein Berliner Schulgesetz in der vorliegenden Form ab. Die GEW BERLIN drückt ihr Befremden über das Zustandekommen dieses Gesetzentwurfs aus, der nach mehrjährigem Diskussionsprozess mit zahlreichen schriftlich vorgelegten Einwänden und konkreten Veränderungsvorschlägen, einer Regierungsneubildung und der durch die PISA-Studie initiierten Neuorientierung der schulpolitischen Diskussion fast unverändert eingebracht wird. Die zuständige Senatsverwaltung hat es nicht einmal für nötig befunden, auf diese von verschiedenen



Seiten vorgetragene Kritik argumentativ zu reagieren. Ein solcher Gesetzentwurf ist nicht zukunftsfähig. Die GEW BERLIN erwartet, dass im jetzt kommenden Verfahren in einem inhaltlich ernstzunehmenden und zeitlich umfassend angelegten Diskussionsprozess diese geradezu autistische Form der Gesetzgebung überwunden wird, damit angesichts der auf Berlin zukommenden ökonomischen und sozialen Herausforderungen ein Gesetz entsteht, das einen demokratischen, die Beteiligung der Betroffenen ermöglichenden Weg für die notwendigen Veränderungen im Berliner Schulsystem eröffnet.

Die GEW BERLIN begründet im Folgenden ihre ablehnende Position. Darüber hinaus leistet sie für den notwendigen Diskussionsprozess einen Beitrag, indem sie Formulierungsvorschläge zur Abänderung einzelner Punkte des Gesetzes vorlegt, mit denen ihre grundsätzlichen Einwände konkretisiert und Wege zur Realisierung gewerkschaftlicher Konzepte aufgezeigt werden.“

Die vollständige Stellungnahme und alle anderen Beschlüsse der LDV sind im Internet unter www.gew-berlin.de unter „Positionen“ nachzulesen. ■



Seminarplan 2/2003

CRASH-KURSE SCHULRECHT

für ReferendarInnen an folgenden Terminen jeweils 15.30 bis 19.00 Uhr im GEW-Haus: 21.08.2003 (nur für Frauen), 22.08. (spez. Sonderschule), 28.08.2003, 29.08.2003, 04.09.2003, 05.09.2003, 11.09.2003, 12.09.2003, 24.09.2003, 25.09.2003

SEPTEMBER

Frauen – Macht – Strukturen für Frauen in der GEW [032-S-51], 05.-07.09.2003 in Erkner

Betriebsversammlungen organisieren und durchführen [032-B-52], 08.-09.09.2003 im GEW-Haus

Einführung in das Betriebsverfassungsgesetz [032-B-53], 10.-12.09.2003 im GEW-Haus

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Vorstellung des Projekts) [032-S-54], 17.09.2003 im GEW-Haus

Seminar für Mitglieder in den Bezirksleitungen [032-S-55], 18.-19.09.2003 in Schmöckwitz

Aufbauseminar B3: Vor- und Nachbereitung von Beschlüssen für PR bei SenBJS [032-P-56], 18.-20.09.2003 in Zechlinerhütte

Zukunft der Berliner Kitas zwischen Kürzungsdruck und pädagogischem Anspruch für Mitglieder aus den Kitas [032-S-57], 19.-21.09.2003 in Erkner

Als SchulleiterIn im System Schule handeln – interne Veränderungsprozesse für Mitglieder in Schulleitungsteams [032-S-58], 22.-24.09.2003 in Zechlinerhütte

Trägerwechsel von Kindertagesstätten f. ErzieherInnen aus Kitas [032-S-59], 23.09.2003 im GEW-Haus

OKTOBER

Personelle Einzelmaßnahmen nach §§ 99-102 BetrVG für Betriebsratsmitglieder [032-B-60], 08.-10.10.2003 im GEW-Haus

SeniorInnen: Aktiv sein! Aktiv bleiben! [032-S-61], 14.-16.10.2003 in Wensickendorf

Gesprächs- und Verhandlungsführung für Betriebsratsmitglieder [032-B-62], 20.-22.10.2003 im GEW-Haus

Sprachförderung in Kitas für ErzieherInnen [032-S-63], 23.-24.10.03 im GEW-Haus

Privatisierung im Wissenschaftsbereich – Handlungsmöglichkeiten für Personalräte [032-P-64], 24.-25.10.03 in Schmöckwitz

Trägerwechsel von Kindertagesstätten f. ErzieherInnen aus Kitas [032-S-65], 27.10.2003 im GEW-Haus

Umsetzung des SGB IX und der Integrationsrichtlinien für SchwerbehindertenvertreterInnen [032-P-66], 27.-28.10.2003 in Erkner

JÜL-Seminar: Unterricht in heterogenen Lerngruppen der Schulanfangsphase für LehrerInnen und VorklassenleiterInnen [032-S-67], 28.10., 05. und 10.11.2003 im GEW-Haus

Schulrecht für LehrerInnen [032-S-68], 30.10.2003 im GEW-Haus

Rhetorik I [032-S-69], 30.10.-01.11.2003 in Zechlinerhütte

Organisation und Präsentation im Studium [032-S-70], 31.10.2003 im GEW-Haus

NOVEMBER

Rechtsformänderung und Betriebsübergang für Mitglieder der PR der Bezirke [032-P-71], 02.-04.11.2003 in Erkner

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Vorstellung des Projekts und eines Kooperationspartners) [032-S-72], 05.11.2003 im GEW-Haus

Trägerwechsel von Kindertagesstätten f. ErzieherInnen aus Kitas [032-S-73], 06.11.2003 im GEW-Haus

Optimistisch den Stress meistern! für KollegInnen aus allen Schulformen [032-S-74], 06., 13. und 20.11.2003 im GEW-Haus

Risiko Drittmittelbeschäftigung für akad. MitarbeiterInnen an Unis und FHen [032-S-75], 07.11.2003 im GEW-Haus

Fit für Funktionsstellen für LehrerInnen [032-S-76], 14.11.2003 im GEW-Haus

Jugendhilfe und Sozialarbeit – Wie kann dem Kürzungsdruck begegnet werden? für Mitglieder der Fachgruppe [032-S-77], 14.-15.11.2003 in Erkner

Jobben und Studium für Studierende [032-S-78], 21.11.2003 im GEW-Haus

DEZEMBER

Die Rolle des Betriebsrats bei Mobbing im Betrieb [032-B-79], 03.-05.12.2003 im GEW-Haus

Selbst- und Zeitmanagement [032-S-80], 04.-05.12.2003 im GEW-Haus

Was kommt nach dem Studium? [032-S-81], 12.12.2003 im GEW-Haus

VORSCHAU: JANUAR 2004

Rhetorik für Studierende [041-S-01], 23.01.2004 im GEW-Haus

DAS ANMELDEN IST GANZ EINFACH:

Karte mit Namen, Adresse, Telefon, Seminarnummer und Semintitel an die Geschäftsstelle der GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin. Oder per E-Mail unter sekretariat@gew-berlin.de.

Oder per Telefon im Sekretariat zu den üblichen Geschäftszeiten unter 030 / 21 99 93 0 oder per Fax unter 030 / 21 99 93 50.

Kurzfristige Ankündigungen von Seminaren gibt es im Internet unter: <http://www.gew-berlin.de>

Notorische Uneinsichtigkeit

Dauerbrenner „Präsenzpflicht in den Sommerferien“.



Foto: ARCHIV

von Ilse Schaad, Leiterin des Referats Angestellten- und Beamtenrecht

Im März hatte der alte LSA-Leiter Ludger Pieper für die letzten drei Ferientage in den Sommerferien Präsenzpflicht angeordnet. Seitdem geht der Streit zwischen ihm auf der einen und den Schulleitern, den Lehrkräften, den Personalräten und Frauenvertreterinnen auf der anderen Seite um Grundsätzliches und um Details der Regelung.

Die Innenverwaltung hatte nach Erscheinen des ersten Rundschreibens klargestellt, dass eine derartige Präsenzpflicht nach dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden nicht mehr für angestellte Lehrkräfte angeordnet werden könne: eine Ohrfeige für Pieper. Inzwischen haben die SchulleiterInnen jedoch von Pieper die Anweisung erhalten, allen Angestellten eine persönliche Präsenzpflichtanordnung gegen Unterschrift zu überreichen.

In den nun vorliegenden vielfältigen Rundschreiben wird u. a. für alle „klar gestellt“,

- dass die letzten drei Tage in den Sommerferien Mittwoch, Donnerstag und Freitag seien,
- Angestellte aus zwingenden dienstlichen Gründen Präsenzpflicht haben,
- Teilzeitbeschäftigte bei unteilbaren Aufgaben wie Konferenzen volle Präsenzpflicht haben.

Die rechtlich einzig zulässige Interpretation der Innenverwaltung wird von Pieper als „Fehlinterpretation und falsche“ Schlussfolgerung dargestellt.

Unstreitig ist es sinnvoll, das neue Schuljahr vorzubereiten. Dazu gehört sowohl die rechtzeitige Organisation des Schuljahres durch die Verwaltung (z.B. Bereitstellung von ausreichend Personal für jede Einzelschule) als auch die schulinterne Planung. Ob diese Planung in den letzten drei Tagen (was immer das ist) der Sommerferien zwangsweise geschehen muss, darf mit Recht bestritten werden. Sinnvoller wäre sicher, dass jede Einzelschule dies in eigener Verantwortung organisiert. Durch die An-

ordnung von Präsenzpflichten verletzt Pieper – so die Rechtsauffassung des Hauptpersonalrats – dessen Beteiligungsrechte. Er hat deswegen inzwischen ein verwaltungsgerichtliches Feststellungsverfahren eingeleitet. Die GEW BERLIN hat die SchulleiterInnen in zwei Schreiben über rechtliche Bedenken und eindeutige Rechtsverstöße informiert.

Haben Angestellte wirklich Präsenzpflicht?

Um BeamtInnen dienstverpflichtet zu können, wurde nach dem 8.1.2003 die Erholungsurlaubsverordnung geändert und die letzten drei Tage extra reingeschrieben. Nun meint Pieper, Angestellte seien nicht aus dem neu geschaffenen Grund dienstverpflichtet, sondern aus zwingenden dienstlichen Gründen – eine Möglichkeit, die schon länger in der Erholungsurlaubsverordnung ausgenommen war.

Warum aber musste für BeamtInnen die Verordnung erst geändert werden, wenn für Angestellte die alte Version ausreichend sein soll? Welche „zwingenden dienstlichen Gründe“ vorliegen, verschweigt Pieper vorsichtshalber – und verweist lediglich auf die Präsenz der BeamtInnen an diesen Tagen. Die Konstruktion, dass für Angestellte „zwingende dienstliche Gründe“ existieren, weil Beamte anwesend sind, dürfte vor keinem Arbeitsgericht standhalten. Die GEW BERLIN gewährt ihren Mitgliedern im Angestelltenverhältnis Rechtsschutz für Klagen gegen die Präsenzpflicht.

Was heißt „die letzten drei Tage“?

Pieper schreibt, die letzten drei Tage vor dem Ende der Sommerferien seien, da das Ende der Sommerferien „durch einen Sonnabend gekennzeichnet ist“, die „drei davor liegenden Tage, nämlich

Mittwoch bis Freitag“. Diese Zeitdefinition lässt schwere Bildungslücken erkennen. Das Ende der Sommerferien ist eindeutig das Ende (24.00 Uhr) des letzten Ferientages. Die drei davor liegenden Tage sind Donnerstag, Freitag und Samstag (bis 24.00 Uhr). Die Regelung im BGB ist eindeutig: § 188 Fristende. Eine nach Tagen bestimmte Frist endet mit dem Ablauf des letzten Tages der Frist. Am Samstag besteht grundsätzlich keine Arbeitspflicht.

Die GEW BERLIN rät allen BeamtInnen, Widerspruch gegen eine Präsenzpflicht, insbesondere am Mittwoch, einzulegen und gewährt ihren Mitgliedern Rechtsschutz.

Was gilt für Teilzeitbeschäftigte?

Für Teilzeitbeschäftigte sieht Pieper vor, dass sie an allen unteilbaren Aufgaben wie Konferenzen in vollem Umfang teilnehmen müssen. Für „alles andere“ bestehe nur anteilige Präsenzpflicht. Die Präsenzpflicht selbst wird angeordnet, um gemeinsame Aktivitäten wie Konferenzen durchführen zu können. Teilbare Aufgaben machen ja nun gerade keinen Sinn im Rahmen einer Präsenzpflicht.

Für teilbare Aufgaben (wie Unterrichtsplanung) könnte auch kein „zwingender dienstlicher Grund“ konstruiert werden. Logische Folge ist, dass Teilzeitbeschäftigte volle Präsenzpflicht haben würden. Die GEW BERLIN gewährt auch hier Rechtsschutz für Klagen. ■

Zusätzliche Informationen sind auf der Internetseite www.gew-berlin.de zu finden und bei den GEW-Personalräten zu erhalten. Der GEW BERLIN wurden zahlreiche Protestschreiben und Beschlüsse von Kollegien gegen die Piepersche Präsenzpflicht zur Kenntnis gegeben. Als ein Beispiel unter vielen ist auf der nächsten Seite der Protestbrief der Martin-Buber-Oberschule an Schulsekretär Klaus Böger abgedruckt.

Administrative Entgleisung

Mit einem Offenen Brief an Bildungsminister Klaus Böger wehren sich KollegInnen gegen den Pieperschen Präsenzbefehl für Lehrkräfte.

von 62 KollegInnen der Martin-Buber-Oberschule, Spandau

Sehr geehrter Herr Böger,

in einem Rundschreiben hat der frühere Leiter des Landesschulamtes, Herr Pieper, alle Lehrkräfte zur Anwesenheit in der Schule während der letzten drei Tage der Sommerferien verpflichtet. Er hat darüber hinaus die Schulleiter angewiesen, Arbeitspläne für diese drei Tage im voraus bei der Schulaufsicht einzureichen – praktische Vorschläge dazu sind beigelegt – und darüber zu wachen, dass die Anwesenheitszeit acht Stunden am Tag beträgt.

Wir, Lehrerinnen und Lehrer der Martin-Buber-Schule, bewerten dieses Rundschreiben als eine Form der Unverschämtheit, wie sie im Umgang zwischen Senatsschulverwaltung und Kollegien eigentlich keinen Platz haben sollte. Dabei haben wir durchaus Verständnis für das Anliegen, nach den Ferien möglichst zügig zu einem geordneten Unterrichtsbetrieb zu gelangen. Wir

haben uns seit Jahren darum bemüht und wissen selbst, dass dies der Vorbereitung bedarf. Rundschreiben haben wir dazu bisher nicht benötigt.

Mehr als befremdlich ist aber die Art und Weise, wie Herr Pieper sein Anliegen verfolgt. Wir sehen einmal über die Anmaßung hinweg, mit der ausgerechnet der frühere Leiter des Landesschulamtes uns über effektive

Arbeit belehren möchte: hat doch diese Behörde es in Jahren nicht geschafft, rechtzeitig zum Schuljahresbeginn Einstellungen vorzunehmen und Personal bereit zu stellen, so dass Stundenpläne und andere Vorbereitungsarbeiten häufig mit dem ersten Schultag zur Makulatur wurden. Nicht hinwegsehen können wir aber darüber, dass unsere Arbeitsab-

läufe bis ins Detail bestimmt werden sollen von Personen, die offenbar weder die Arbeit von Lehrkräften noch die Arbeitsmöglichkeiten kennen, die in Schulen gegeben sind – und zu deren Verbesserung das vormalige Landesschulamt so viel oder so wenig beigetragen hat wie die jetzige Senatsschulverwaltung, nämlich nichts. Ist Herr Pieper nicht bekannt, dass Schulen als Arbeitsplätze für Lehrkräfte weder von den Räumen noch von der technischen Ausstattung – Möbel, Computer, Bibliothekseinrichtung her ausgestattet sind, so dass wir alle uns auf eigene Kosten Arbeitsplätze zu Hause einrichten mussten? Kann er sich nicht vorstellen, dass wir als Lehrkräfte zu viel zu tun haben, um unsere Zeit mit achtstündiger symbolischer Präsentation von Arbeitshaltung zur Befriedigung populistischer Vorstellungen über Leistung zu vergeuden? Ist das die Realität von schulischer

Befremdlich ist, wie Herr Pieper sein Anliegen verfolgt.

Selbstverantwortung, die offenbar medienwirksam propagiert, im Verwaltungshandeln aber konterkariert werden soll?

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, die Rücknahme dieses Schreibens anzuordnen. Wir meinen außerdem, dass für diese administrative Entgleisung ein Wort des Bedauerns angebracht wäre. ■

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, die Rücknahme dieses Schreibens anzuordnen. Wir meinen außerdem, dass für diese administrative Entgleisung ein Wort des Bedauerns angebracht wäre. ■

Hotline für Honorarkräfte

Kompetente Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen.

von Paul Weitkamp

Gut genutzt wurde bisher die GEW-Hotline für Honorarkräfte und Freiberufler aus der Weiterbildung seit ihrer Freischaltung im Januar 2001. Fast 5.000 Anrufe haben bislang den kostenlosen Beratungsservice in Anspruch genommen, der Anonymität streng gewahrt hat. Obwohl die Frist der Befreiungsanträge zur Rentenversicherungspflicht für ältere Honorarkräfte abgelaufen und die Flut der Anrufe danach merklich zurück gegangen ist, gehen noch regelmäßig mehr als 80 Beratungsanfragen pro Monat ein.

Aus den positiven Erfahrungen der zweijährigen Projektphase des Bera-

tungsservices wird die GEW jetzt ihre Konsequenzen ziehen und die Erreichbarkeit der Hotline erweitern durch eine bundesweite Freischaltung und erweiterte Beratungszeiten. Peu à peu ändern sich auch die Beratungsinhalte erkennbar. War bisher das Spektrum fokussiert auf Probleme im Zusammenhang mit der Rentenversicherungspflicht sowie auf Fragen der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung, kommen jetzt viele weitergehende Fragen ins Gespräch: Fragen der Honorarerhöhung und der Verbesserung und Sicherung ungeschützter, prekärer Beschäftigung sowie der Gestaltung einer

selbstständigen Existenz und Mitbestimmung. Die Beraterin am Telefon ist eine Fachkraft der GEW, die über umfangreiche arbeits- und sozialrechtliche Kompetenzen verfügt und den Status der freien Mitarbeiterin in der Weiterbildung aus eigener Erfahrung kennt. Neben den Einzelberatungen werden auf Anfrage auch Experten benannt, die auf Mitarbeiterversammlungen, an Volkshochschulen und anderen interessierten Weiterbildungseinrichtungen referieren. Noch unregelmäßig werden zur Zeit in einigen Bundesländern Informationsseminare angeboten, in denen die rein rechtliche Situation der ungesichert beschäftigten Honorarkräfte Thema ist und überlegt wird, wie mit gezielter Interessenvertretung gemeinsam Verbesserungen und Perspektiven entwickelt werden können. ■

Die Beratungs- und Freischaltzeiten für Anrufende von Festnetzanschlüssen (nicht Handy) sind: Jeweils Montag von 19 bis 23 Uhr und Dienstag von 9 bis 13 Uhr. Die neue Hotline läuft auch unter einer neuen Rufnummer: 0 18 04 / 10 09 27.

Raus aus dem Elfenbeinturm

Beim Protest der Hochschulleitungen gegen Sparmaßnahmen wurden Studenten zu Statisten abgestempelt.

von Matthias Jähne, Referent Hochschule und Forschung

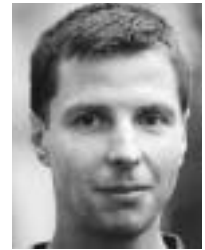


FOTO: TRANSIT

Es war schon eine super Aktion. So viel Publicity hätten die Präsidenten von Freier Universität, Humboldt-Universität und Technischer Universität wohl selbst nicht erwartet. Mit der Verhängung eines Einstellungs- und Zulassungsstopps an der HU sowie flächendeckender Zulassungsbeschränkungen an TU und FU schreckten die Medien auf. Schon Wochen vorher hatten Zahlenspiele und Ausstattungsvergleiche die Runde in den Zeitungen gemacht. Von der Schließung einer ganzen Universität war die Rede, wenn der Finanzsenator 200 Mio. Euro (oder welche Summe auch immer) aus den Hochschulen herauspressen will. Nur – so richtig vom Hocker gerissen hat das eigentlich niemanden. Das war mit dem Einstellungs- und Zulassungsstopp schlagartig anders. Jeder und jedem dämmerte, welche konkreten Folgen Kürzungen in dieser Größenordnung haben: Mein Kind kommt nicht mehr an die Uni mit diesem Notendurchschnitt.

Keine Begeisterung bei Beschäftigten

Die präsidiale Protestmaschinerie wurde in Gang gesetzt: Kundgebung vor dem Berliner SPD-Parteitag, Versammlungen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an FU und HU usw. Tenor: „Der Senat ist böse, wir sind die Guten.“ Leider zündeten diese Aktivitäten nicht sonderlich. Warum eigentlich nicht? Die Präsidenten hatten es wohl versäumt, auf ihrem Protestweg ihre wichtigsten Verbündeten mitzunehmen – die Angehörigen der Hochschulen, vor allem die Studierenden und die Beschäftigten. Sie wurden weitestgehend zu Statisten abgestempelt, die zwar kräftig protestieren sollten, aber ansonsten vom Drehbuch ferngehalten wurden.

Wie kann auch Begeisterung bei den Beschäftigten aufkommen, wenn die Hochschulleitungen keinerlei Anstren-

gungen unternehmen, ihre selbst zu verantwortende Tariffucht rückgängig zu machen. Auf jeder der vielen Personalversammlungen immer dieselbe Antwort: „Der Senat ist böse – wir sind die Guten.“ Inzwischen ist auch längst klar, dass der Austritt aus den Arbeitgeberverbänden den Hochschulen nicht den geringsten Vorteil gegenüber dem Berliner Senat verschafft hat. Im Gegenteil: Die Tariffucht hat die Position der Hochschulen geschwächt. Sie haben „durch die Beschlüsse zum Austritt... ausdrücklich daran mitgewirkt...“, über diese Verbandsaustritte Beiträge zur Haushaltskonsolidierung bereits vor dem 31. 12. 2005 (Dauer der geltenden Hochschulverträge, d. Red.) zu leisten“, schrieb ihnen auch der Wissenschaftssenator ins Stammbuch. Das heißt „übersetzt“: Wundert euch nicht, wenn wir euch die Tarifvorsorge schon jetzt abziehen, ihr habt es selbst so entschieden.

Wie kann auch Begeisterung bei den Studierenden aufkommen, wenn die Uni dicht gemacht wird und der bisherige FU-Präsident sowie der Präsident der HU öffentlich mit Studiengebühren liebäugeln, um die Hochschulen zu finanzieren. In einer Situation, in der ein Finanzsenator beliebig hohe Kürzungssummen fordert, die Studierenden zu verprellen, ist wahrlich an Naivität nicht mehr zu überbieten. Damit haben die Hochschulleitungen ihre Protestbewegung selbst abgewürgt.

Ohne Verbündete geht's nicht

Einzig an der Technischen Universität gab es so etwas wie einen gemeinsamen, von allen Hochschulangehörigen getragenen Aufbruch. Das Signal, das die Mitgliedervollversammlung am 7. Mai ausgesendet hat, war positiv – vor allem auch deshalb, weil die TU in diesem Moment nicht im eigenen Saft schmorte, sondern sich Unterstützung

bei Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaftsorganisationen holte. Gerade das aber ist der entscheidende Punkt: Die Hochschulen werden die Auseinandersetzung um eine angemessene Finanzierung nur bestehen, wenn sie Verbündete gewinnen. Dafür reicht es nicht, hochkarätige ExpertInnen in den Kuratorien zu haben. Es greift auch zu kurz, die Öffentlichkeit mit einer Aktion „Wir machen den Laden dicht“ aufzuschrecken. Man braucht politische Mehrheiten, um sich durchzusetzen und muss sich dafür um die Unterstützung der großen gesellschaftlichen Kräfte bemühen.

Die Aktivitäten der Hochschulen, insbesondere der drei großen Universitäten, haben einen faden Beigeschmack. Das liegt auch daran, dass nicht erkennbar ist, wie sich die Hochschulen ihre Zukunft in Berlin und in der Gesellschaft vorstellen. Für so ein Zukunftskonzept braucht man die Diskussion mit den MitarbeiterInnen und den Studierenden. Die Hochschulen müssen sich in die Debatte um die Lösung der gesellschaftlichen Probleme aktiv einmischen. Das klingt hochtrabend, es geht aber um ganz hautnahe Dinge: Arbeitsmarktreform, Änderungen in den Sozialsystemen, Gesundheitsreform, Berliner Haushaltsmisere... wo sind die Beiträge der Hochschulen? Ich weiß schon, was jetzt kommt – wir haben doch die „Lange Nacht der Wissenschaften“. Sie ist zweifellos ein wichtiger Schritt, nach außen deutlich zu machen, wofür im Elfenbeinturm die Millionen ausgegeben werden. Die notwendige gesellschaftliche und letztlich politische Unterstützung gewinnen die Hochschulen aber nur, wenn sie ständig nach außen präsent sind und ihre Leistungen im wahrsten Sinne des Wortes veröffentlichen.

Mit „Schotten dicht“, mit Studiengebühren und Einkommenskürzungen ist jedenfalls keine Zukunft zu gestalten. ■

Wird in Wien besser gelernt?

Trotz des Scheiterns hält Österreich am zweigliedrigen Schulsystem fest.

von Brigitta Schumann, Bildungsexpertin von Bündnis 90/Die Grünen in NRW

Die österreichische Bundesregierung sieht sich durch die Pisa-Ergebnisse bestätigt. Sie präsentiert sich stolz als PISA-Siegerin. Anders sieht man die Sache im Bundesland Wien. Weder Schulpraktiker noch die Wiener Schulbehörde ist bereit, diese Version zu bestätigen. Zwar habe Österreich besser abgeschnitten als Deutschland, aber verwiesen wird auf die große Risikogruppe der 15-Jährigen mit unterdurchschnittlichem Kompetenzerwerb in Hauptschulen und Polytechnischen Schulen.

Soziale Segregation und Zweigliedrigkeit

Die Wiener Hauptschule weist in ihrer Entwicklungsgeschichte eine fatale Ähnlichkeit mit der deutschen auf. In der Konkurrenz zur Allgemeinbildenden Höheren Schule wenden sich immer mehr Eltern von der Hauptschule ab. Diese Tendenz gilt zunehmend auch für zugewanderte Familien. Die Verteilung auf die zwei Sek. I – Schulformen nach Klasse 4 der Volksschule

verläuft wie in Deutschland entlang der sozialen Herkunft der Kinder. In begünstigten Stadtteilen gehen die Kinder fast alle zur Allgemeinbildenden Höheren Schule, während in benachteiligten Stadtteilen die Hauptschule noch die stärkste Schulform ist.

Der Trend zur Vermeidung der Hauptschule ist nicht umkehrbar. Waren es im Bundesland Wien 1982 noch 53 Prozent der SchülerInnen eines Jahrgangs, die nach der Volksschule den Übergang zur Hauptschule vornahmen, so sind es im Jahr 2001 nur noch 30 Prozent. Alle Versuche, die Hauptschule attraktiv zu machen und dem Trend entgegenzusteuern, sind gescheitert. Die Hauptschule ist wesentlich besser mit Ressourcen ausgestattet. In der Regel verfügen ihre Klassen über ein Zwei-Lehrersystem.

Der Übergang zur Allgemeinbildenden Höheren Schule ist an Aufnahmeverfahren oder an ein „sehr gut“ oder „gut“ in Deutsch, Lesen und Mathematik gekoppelt. Ansonsten hilft die Feststellung der Schulkonferenz, dass die SchülerInnen „aufgrund ihrer sonstigen

Leistungen mit großer Wahrscheinlichkeit den Anforderungen der allgemeinbildenden höheren Schule genügen werden“. Trotz dieser Barrieren verliert die Hauptschule immer mehr SchülerInnen, der Elternwille regiert.

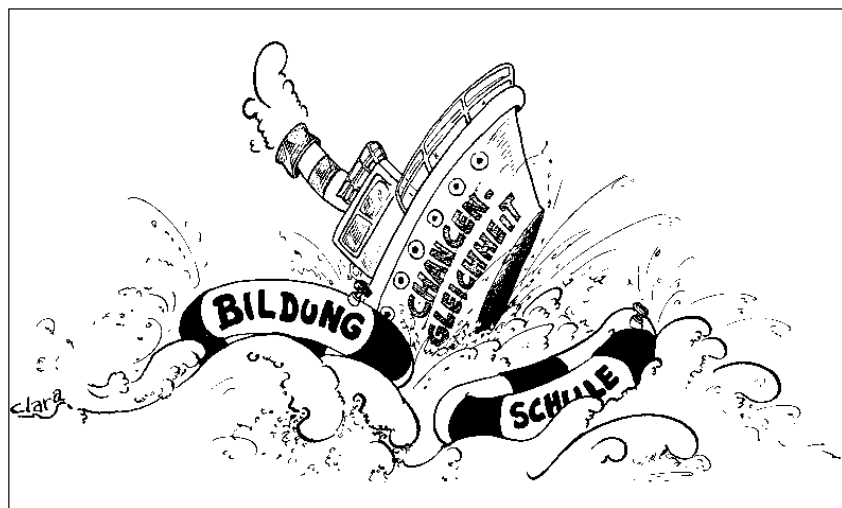
Eltern machen Druck auf die Volksschulen, um die entsprechenden Zensuren oder Feststellungen zu bekommen. Außerdem erhöht der demografische Faktor die Bereitschaft der Allgemeinbildenden Höheren Schule, fast alle Anmeldungen aufzunehmen. Ausnahmen bilden nur die Elitegymnasien, die sich lediglich für eine bestimmte soziale Klientel zuständig fühlen.

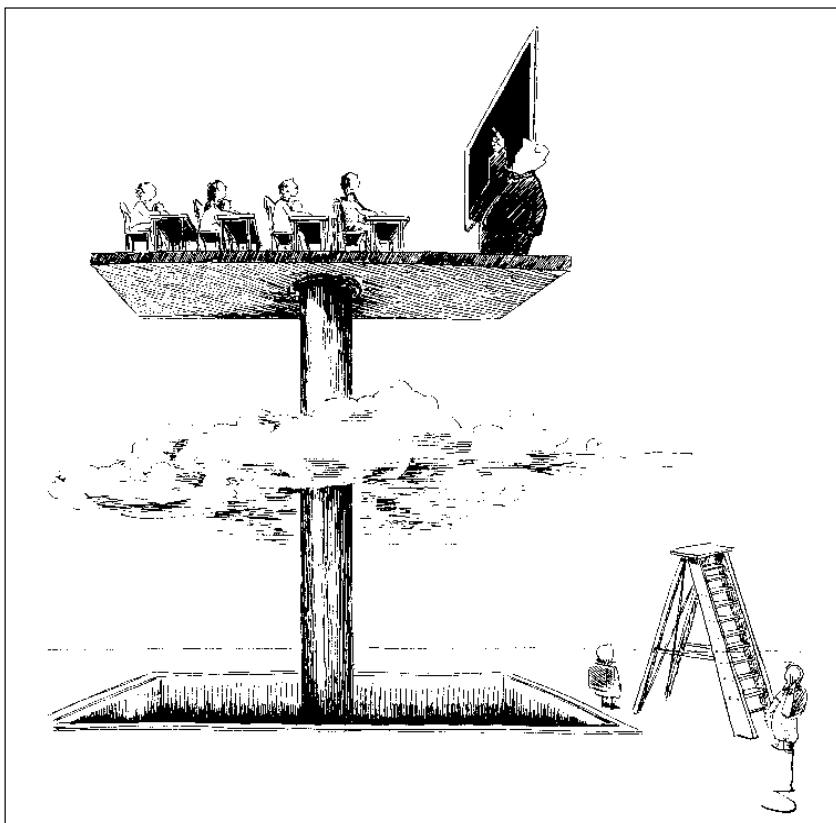
Reformverweigerung durch die Bundespolitik

Wie in Deutschland wird auch in Österreich die bestehende soziale Chancengleichheit hingenommen. Dabei kommt der Regierung die Situation in den ländlich strukturierten Gebieten entgegen. Die Welt scheint hier noch in Ordnung, die Hauptschule ist dort noch nicht in Frage gestellt. Mehrheitlich geht man hier noch in die Hauptschule und die Allgemeinbildenden Höheren Schulen bleiben vielen Kindern auf dem Lande verwehrt. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann bei dem bestehenden Stadt-Land-Gefälle keine Rede sein.

Gewiss ist, dass der demografische Faktor den Effekt „weg von der Hauptschule“ beschleunigen wird. Nach Berechnungen des Wiener Stadtschulrats werden, wenn man nichts tut, unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung und dem Übergangsverhalten für die Jahre 2008 bis 2011 bis zu einem Fünftel der Wiener Hauptschulen zu schließen sein. Die Hauptschule wird endgültig das Erscheinungsbild der Restschule annehmen.

Da ein integriertes flächendeckendes Gesamtschulsystem für Wien von der





konservativen Bundesregierung politisch nicht genehmigt würde und dieses Modell nicht einmal in der SPÖ eindeutig mehrheitsfähig ist, hat man als Lösung einen Kompromiss im Allparteienskonsens in Wien gefunden, für den der Bund seine Zustimmung schon signalisiert hat.

Notlösung kooperative Mittelschule

Bezweckt wird, über eine Kooperation zwischen Hauptschule und Allgemeinbildenden Höheren Schulen im horizontalen Verbund und zwischen Hauptschulen und Berufsschulen im vertikalen Verbund eine moderne Leistungsschule für die Sek. I zu entwickeln. Sie soll die Durchlässigkeit verstärken, die Übergänge erleichtern und die Bildungschancen verbessern. So sollen „die Mittelstufen-Schülerströme beeinflusst werden und Nachteile – bezogen auf weitere schulische Bildungswege der Schüler/innen – vermieden werden“.

Als pädagogische Eckpfeiler dieser neuen Schulart werden ausgegeben: Innere Differenzierung anstelle von starren Leistungsgruppen, Unterrichtsplanung im Team zwischen LehrerInnen beider Schularten, Ausbau des fächerübergreifenden Unterrichts, Formen alternativer Leistungsbewertung, Wahl-

pflichtbereiche ab der siebten Schulstufe und gezielte Berufsinformation und Berufsorientierung. Auf der gesetzlichen Ebene setzt die Verwirklichung der personellen und räumlichen Kooperation voraus, dass LandeslehrerInnen der Hauptschulen und BundeslehrerInnen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen gemeinsam in einer Schule eingesetzt werden können.

Für die Hauptschulen liegen die Anreize für die freiwillige Kooperation auf der Hand, wenn sie sich vor einer Schulschließung bewahren wollen. Den Allgemeinbildenden Höheren Schulen winkt eine verbesserte Ressourcenausstattung in Angleichung an die Hauptschulen. Der überwiegende Teil der

Lehrerschaft der Allgemeinbildenden Höheren Schulen kann und will sich allerdings nicht freiwillig der Herausforderung des individualisierenden Unterrichts in einer noch heterogeneren Schülerschaft stellen. Hier fehlt die richtige Einstellung.

Die österreichischen Grünen, die als einzige Partei ein integriertes Schulsystem für alle Kinder von Klasse eins bis neun fordern, stufen folglich die kooperative Mittelschule als Notlösung ein. Sie befürchten auch, dass möglicherweise Ressourcenanreize genutzt werden, ohne dass innovative Entwicklungen in Gang gesetzt werden.

Die Wiener Schulbehörde im SPÖ-regierten Wien versucht den konservativen Trends mit ihren begrenzten Möglichkeiten entgegenzusteuern. Ein Instrument sind die zahlreichen Schulversuche in Wien, die allesamt darauf zielen, die Integration im Bildungswesen zu verbessern.

Schulversuch integrierte Gesamtschule

Der Schulversuch mit der längsten Laufzeit ist die einzige integrierte Gesamtschule in Wien. Wie die Laborschule in Bielefeld kennt sie keine Leistungs-differenzierung. Eine Evaluation in dem Beobachtungszeitraum von 1993 bis 1997 bescheinigt der Gesamtschule, dass sie eine größere Chancengleichheit ermöglicht durch die Vermeidung der frühen Selektion. Ihre SchülerInnen erzielen vergleichbare Ergebnisse und zeigen weniger Schulangst im Vergleich zu SchülerInnen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen und weniger Schulunlust als SchülerInnen an der Hauptschule. Es ist skurril und stimmt tieftraurig, dass ein solcher „Leistungs-riese“ wie die Wiener Gesamtschule von der konservativen Bundespolitik so kleingehalten wird. Aber auch das kommt uns in Deutschland ja irgendwie bekannt vor. ■

ANZEIGE

Die Fliedner Klinik Berlin. Als private Fachklinik bietet die Fliedner Klinik Berlin Beratung und umfangreiche Hilfe, wenn die Seele aus dem Gleichgewicht geraten ist.

Telefon: 030/20 43 97-0, Ärztliche Leitung: Prof. Dr. med. Tilo Held

Fliedner Klinik Berlin
Ambulanz und Tagesklinik für psychologische Medizin
Ehrentorstraße 65 (Am Gendarmenmarkt)
www.fliednerklinikberlin.de

Theodor Fliedner Stiftung

Einladung zum Info-Abend:
„Psychotherapeutische Hilfen bei Psychosen“
11.06.2003 um 18.00 Uhr

Gedenken in 28 Sprachen

Erinnerung an zwei jüdische Lehrkräfte der ehemaligen Fichte-Realschule.

von Axel Böing, Lehrer an der Moses-Mendelssohn-Oberschule in Tiergarten



FOTO: PRIVAT

Im Heft 6-7/99 rief die blz dazu auf, „das Schicksal jüdischer Lehrkräfte in Berlin in der Zeit des Faschismus dem Vergessen (zu) entreißen.“ Vier Jahre später, am 8. Mai 2003, wurde an der Moses-Mendelssohn-Oberschule (MMO) in Berlin-Mitte (Tiergarten) eine Gedenktafel enthüllt, die an zwei Kollegen erinnert, die im alten Gebäudeteil unserer Schule, der ehemaligen Fichte-Realschule, unterrichtet haben.

Prof. Dr. Eugen Wolbe (1873 – 1938) unterrichtete Deutsch und Französisch. Das Berufsverbot der Nazis erhielt er am 3.4.1933, wenige Tage vor seinem 60. Geburtstag und kurz vor Erreichen seines 30-jährigen Dienstjubiläums. Die alten Schulchroniken im Pädagogischen Landesarchiv können nicht mehr direkt eingesehen werden. Mühseliges Entziffern der Mikrofilme ergibt, dass Wolbe ein engagierter Lehrer war, der mit jeder seiner 10. Klassen eine große Reise unternahm. Nachdem ab der 7. Klasse wöchentlich ein Groschenbetrag eingesammelt worden war, konnten Leipzig, Naumburg, Schulpforta, Jena und Weimar besucht werden. Dabei wurden Leben und Werk von Gottsched, Gellert, Goethe, Klopstock, Nietzsche, Liszt, Shakespeare, Wieland und Herder studiert. Etwa 30 Bücher, die er verfasst oder herausgegeben hat, befinden sich noch heute in der Staatsbibliothek. Wenige Jahre nach seiner Entlassung starb Wolbe an einem Herzschlag auf der Straße. Seine Frau wurde nach Riga deportiert und dort ermordet. Dem Sohn gelang die Flucht über die Schweiz, Polen und Schweden nach Palästina. Heute ist er ein hochbetagter, geachteter Rabbiner in Jerusalem.

Studienrat Moritz Arndt (1889 – 1942) war Lehrer für Mathematik, Biologie und Sport und organisierte vielfältige Aktivitäten mit seinen Schülern, z.B. eine wöchentliche freiwillige Sportstunde, Zeltlager im Sommer, Radtouren



mit Zelt sowie Wintersportreisen ins Riesengebirge. Auch Arndt durfte nach dem 3.4.1933 seine Schule nicht mehr betreten. Im Archiv der Jüdischen Gemeinde zu Berlin findet sich der Hinweis, dass sich Arndt gemeinsam mit seinem Bruder am Vorabend ihrer Deportation in ein Todeslager das Leben genommen hat.

Eugen Wolbe und Moritz Arndt sind auf dem Jüdischen Friedhof Weissensee beigesetzt.

Das berufliche Todesurteil über die beiden Kollegen besiegelte der Satz des Schulleiters im Jahresbericht für das Schuljahr 1932/33: „Am 3.4.1933 mussten die beiden dem Blute nach jüdischen Studienräte Wolbe und Arndt auf behördliche Anordnung beurlaubt werden.“ War es der kontrollierende Schulrat, der diese Eintragung handschriftlich veränderte in: „wurden... beurlaubt.“? Offenbar hatte er die kritische Botschaft der Basis verstanden, wollte sie jedoch so nicht durchgehen lassen.

Eine Aktion wider das Vergessen beabsichtigten wir, als wir uns entschlossen, für die beiden Lehrerkollegen eine Gedenktafel in dem Schulhaus anzubringen, in dem sie unterrichtet haben, und das unser heutiger Arbeitsplatz ist. Die Moses-Mendelssohn-Oberschule wurde vor 20 Jahren gegründet, damals als Modellversuchsschule zur besonderen Förderung türkischer Schüler und Schü-

lerinnen. Inzwischen werden 28 Muttersprachen in unserer Schülerschaft gesprochen, und diejenigen mit deutscher Herkunftssprache sind in der Minderheit.

Die Gedenktafel soll anbieten, dass alle Mitglieder der Schulgemeinschaft sich mit ihrer Botschaft identifizieren können. So ließen wir das Wort „Gedanke“ in 28 Sprachen übersetzen. Ein Schriftband rahmt den Text ein und jede/r kann sich angesprochen fühlen.

Die Veranstaltung zur feierlichen Enthüllung der Gedenktafel haben wir bewusst auf den 8. Mai gelegt. Jenes Datum als Jahrestag des Endes der Herrschaft der Völkermörder markiert einen Neuanfang. Der 8. Mai symbolisiert seit 1945 die Chance, alte Diskriminierungen zu überwinden und neue nicht aufkommen zu lassen.

Wir hatten RednerInnen der drei Buchreligionen eingeladen, um aus unterschiedlicher Perspektive die Aussage der Tafel zu reflektieren. Der muslimische Redner hatte seinen Beitrag unter das Thema „Wetteifert im Guten“ gestellt. Als der jüdische Kantor das Totengebet sang, die evangelische Religionslehrerin Verse aus dem Brief des Apostels Paulus an die Gemeinde in Rom las und der muslimische Religionswissenschaftler die ersten Verse aus dem Kor'an arabisch und deutsch vortrug, ereignete sich etwas Unerwartetes: In den Minuten andächtigen Zuhörens verwandelte sich die Tafel vom Objekt, für das alle Aktivitäten inszeniert wurden, in eine Quelle von Energien im Sinne von Moses Mendelssohn: „Seid tolerant!“ Die im Schulalltag immer wieder spürbaren antijüdischen Ressentiments, gespeist durch den Konflikt im Nahen Osten, traten in den Hintergrund, als ein aus palästinensischen, türkischen und deutschen SchülerInnen bestehender Chor sang: „We shall overcome...“

| Schulferien bis zum 17. August | | | |
|--------------------------------|-------|---------------------------------------|------------|
| 09. JULI | 19.00 | attac | Raum 33 |
| 10. JULI | 16.00 | Sommerfest der Abteilung Wissenschaft | Raum 31-32 |
| 23. JULI | 19.00 | attac | Raum 34 |
| 13. AUG | 19.00 | attac | Raum 33 |
| 21. AUG | 18.00 | Kita-AG | Raum 33 |
| 27. AUG | 19.00 | attac | Raum 33 |
| 28. AUG | 10.00 | DGB-Senioren | Raum 33 |
| | 16.00 | AG Frauen | Raum 47 |
| 02. SEP | 18.00 | AG Schwerbehinderte | Raum 34 |
| 08. SEP | 18.00 | FG Sonderpädagogik | |

DIE BLZ-REDAKTION WÜNSCHT ALLEN MITGLIEDERN EINEN ERHOLSAMEN URLAUB IN DEN SOMMERFERIEN!

FÖRDERZENTRUM – WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Kompetenzzentren in Norwegen – ein Vorbild?
Die Fachgruppe Sonderpädagogik lädt ein am Montag, **8. September um 18 Uhr** im GEW Haus

FACHGRUPPE GYMNASIUM

KollegInnen, die zur Fachgruppensitzung eingeladen werden wollen, bitte Kontakt mit Carola Giesen aufnehmen: Tel. 97 605 477 oder Carola.Giesen@t-online.de

SOZIALE SICHERUNG ODER AUSVERKAUF?

Am **6. September** findet von **9 bis 15 Uhr** der Spandauer Gewerkschaftsmarkt in der Altstadt zu dieser Fragestellung statt. Die DGB-Gewerkschaften in Spandau stehen Rede und Antwort und halten Info-Materialien bereit.

FRIEDEN – MEHR ALS FREUDE UND EIERKUCHEN?

Friedenskultur als soziale Alltagsbewältigung
Das Kreuzberger Bildungsforum lädt ein am **Dienstag 9. September um 19.00 Uhr** in der Lenaschule, Nostitzstraße 60
Referent: Bernhard Nolz (Friedensinst.Siegen/ Friedenspreis Aachen 2002)

BILD DES MONATS

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

